

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Befüllter, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckarwaren-, Schokoladen- u. Keksfabrik

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M.R. 2.

Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsstelle Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigespaltenem Petitzelle 50 Pf., für die Zählstellen 30 Pf.

Einberufung

der

13. öffentlichen Generalversammlung des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Auf Grund des § 50 des Statuts beruft der unterzeichnete Vorstand zum Sonntag, 1. Juni, und folgende Tage die 13. Generalversammlung des Verbandes nach Frankfurt a. M., Gewerkschaftshaus, Am Schwimmbad, ein.

Die Generalversammlung wird am Sonntag, 1. Juni, morgens 10 Uhr, eröffnet und bis einschließlich Donnerstag, 5. Juni, dauern.

Die vorläufige vom Vorstand festgesetzte Tagesordnung ist folgende:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Kosten- und Revisionsbericht.
3. Bericht über das Fachblatt.
4. Bericht des Ausschusses.
5. Die Anträge auf Statutenänderungen.
6. Sonstige Anträge.
7. Unsere Lohnbewegungen und Streiks. Referent D. Ullmann.
8. Der Terrorismus der Arbeitgeber bei unseren Lohnkämpfen. Referent R. Schichold.
9. Der Tarifvertrag mit den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien. Referent W. Rahl.
10. Der Internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongress. Referent G. Gähner.
11. Der Internationale Kongress der Bäcker und Konditoren. Referent U. Lanke.
12. Der Gewerkschaftskongress. Referent M. Barth.
13. Die Bedeutung der Gesellvertreter bei den Innungen. Referent F. Friedmann.
14. Die Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer. Referent F. Weidler.
15. Die Geschäftsführung und Beitragsteilung in den Zählstellen. Referent Jos. Diermeyer.
16. Wahlsatz des Vorortes für den Ausschuss, für den Verbandsvorstand und den Vorstandsmitglieder.

Anträge zur Generalversammlung zu stellen, ist jede Zählstelle des Verbandes und ebenso jedes Einzelmitglied der Hauptstesse berechtigt.

Diese Anträge müssen nach § 51 des Statuts bis spätestens vier Wochen vor dem Verhandlungszeitpunkt, also bis Sonnabend, 3. Mai, an den Verbandsvorstand zwecks Bekanntgabe an die Mitglieder eingebracht sein.

Jeder Antrag ist auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben, mit Unterschrift und Stempel zu versehen — wenn von einer Zählstelle gestellt —, sonst nur mit der Unterschrift des Einzelmitgliedes zu versehen.

Anträge, die nur in Versammlungsberichten enthalten sind, und ebenso Anträge, die nach dieser festgelegten Art bei der Hauptverwaltung des Verbandes eingehen, können nicht beachtet werden.

Das Wahlreglement und die Wahlkreiseinteilung für die Delegiertenwahlen werden in nächster Nummer des Fachblattes bekanntgegeben.

Der Verbandsvorstand.

J. U.: D. Ullmann, Vorsitzender.

Die Könige der deutschen Industrie.

Deutschlands wirtschaftliche Aufschwung, seine Umwandlung aus einem Lager- in einen Industriestaat seitte um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein. Industrielle Werke wurden in Massen errichtet, ungeheure Kapitalien mussten dafür zusammengebracht werden. Und zahllose Banken, die Funktionäre des Geldverkehrs, nahmen damals ihre Tätigkeit auf, um alle an den Geldmarkt gestellten Ansprüche befriedigen zu können. Der Milliardensegen nach dem Deutsch-Französischen Kriege von 1870/71 regte die Gründertätigkeit ungemein an, und die Folge davon war die Entstehung neuer großer Bankinstitute. So wurden z. B. um diese Zeit die Deutsche und die Dresdner Bank gegründet, mit Kapitalien, die uns heute geradezu als lächerlich gering erscheinen. Aber in schnellem Wachstum vergrößerten sie sich und gleichzeitig dehnte sich der Kreis der von den Banken getätigten Geschäfte immer weiter aus. Um die Jahrhundertwende nahm die Expansion einzelner Banken ungeheure Dimensionen an. Vor allem vergrößerten die Berliner Banken ihr Marktgebiet. Über ganze Provinzen erstreckten sie ihre Fangarme, und eine Provinzbank nach der andern sah sich genötigt, Interessengemeinschaften oder Fusionen mit den übermächtigen Berliner Konkurrenten einzugehen. Heute stehen fast alle deutschen Banken von irgendwelcher Bedeutung unter der Direktion der Berliner Großbanken, die also nun den ganzen deutschen Kapitalmarkt beherrschen. Fast das gesamte deutsche Bankgeschäft ist im Laufe der letzten 15 Jahre in Berlin zentralisiert worden.

Es gibt heute in Deutschland 158 Kreditbanken auf Aktien, die mehr als 1 Million Mark Aktienkapital besitzen. 19 von diesen Banken verfügen über Aktienkapitalien von 50 Millionen Mark oder mehr, und zwar hatten drei Institute, die alle in Berlin domiciliert, je 200 Millionen Mark, vier von 110 bis 160 Millionen Mark und die übrigen unter 100 Millionen Mark Kapital.

1888 arbeiteten in Deutschland erst 71 Kreditbanken mit zusammen 705,6 Millionen Mark. Während damals auf jede Gesellschaft ein Kapital von rund 10 Millionen Mark entfiel, so heute ein solches von 18½ Millionen Mark. Die Zahl der Unternehmen verdoppelte sich also, gleichzeitig aber auch das auf jedes eingetragene Aktienkapital. Es beträgt für die jetzt bestehenden Kreditbanken mit über einer Million Mark Kapital rund 3 Milliarden Mark. Verwalten die 71 Kreditbanken des Jahres 1888 erst rund 2 Milliarden Mark, so verfügen die 158 heutigen über 18½ Milliarden Mark. Jedes Millioneninstitut hat nun also vier mal so viel Gelder in seiner Gewalt als vor drei Jahrzehnten!

Von den 18½ Milliarden Mark, die jetzt in der Verfügungsgewalt von 158 Kreditbanken sich befinden, entfallen rund fünf Sechstel, 18 028 Millionen Mark auf neun Großbanken in Berlin! Folgende Aufstellung zeigt, wie sie sich darin teilen und bringt gleichzeitig zum Vergleich ihre Aktienkapitalien und -lasten Dividenden:

	Besitztes Gelder in Millionen Mark	Aktien- kapital in Millionen Mark	Lasten Dividende in Prozent
Deutsche Bank	4788	200	12½
Disconto-Gesellschaft	2680	200	10
Dresdner Bank	1868	200	8½
Bank für Handel und Industrie	1199	160	6½
R. Schaffhausen	767	145	7½
Berliner Disconto-Gesellschaft	562	110	9½
Commerz- und Disconto-Bank	501	95	6
Nationalbank für Deutschland	482	90	7
Mitteldeutsche Creditbank	281	60	6½

Die ungeheure wirtschaftliche Macht, die mit solchen Summen in die Hände der Banken gelegt ist, haben diese natürlich weidlich für ihre Profitinteressen ausgenutzt und verstanden. Vor allem gelang es ihnen im größten Um-

fange, sich die deutsche Großindustrie zwingendig zu machen, welche heute fast gänzlich unter Bankenkontrolle steht. Das geht z. B. klar hervor aus der Zusammenfassung der Aufsichtsräte industrieller Aktiengesellschaften. Von den Berliner Großbanken hielten 1911 beispielsweise: Die Deutsche Bank 150 Aufsichtsratsposten, der A. Schaffhausen'sche Bankverein 148, die Disconto-Gesellschaft 143, die Bank für Handel und Industrie 133, die Berliner Handels-Gesellschaft 123, die Dresden'sche Bank 120, die Nationalbank 101 und die Commerz- und Disconto-Bank 86. Insgesamt haben diese Banken über 1000 Aufsichtsratsstellen inne. So ist z. B. die Dresden'sche Bank in den Aufsichtsräten folgender Unternehmen vertreten: Gelsenkirchner Bergwerk A.-G., Deutsches Bergbau, Bergwerke und Hütten A.-G., Königlich-Harzener Bergbau A.-G., Rheinische Stahlwerke, Königs- und Leinrahütte, Oerestein und Rappel, Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft, Deutsche Übersee-Elektricitäts-Gesellschaft, Helvetia & Guillaume, Große Berliner Straßenbahn usw., in insgesamt rund 200 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 2610 Millionen Mark! Die allerbedeutendsten Namen aus der Großindustrie prangen auf der Liste, und man kann sagen, daß sie mehr oder minder von Berlin aus geleitet werden, vom Finanzmann an der Spree!

Frage man nach der Ursache, welche die Industrie in die bestehende Abhängigkeit von den Banken brachte, so gibt es nur eine Antwort: Sie ist in ihrer beispiellos raschen und rasanten Entwicklung in den letzten drei Jahrzehnten, ihrem ungezählten Expansionsdrang zu suchen. Die Produktion wuchs ungeheuer, immer gewaltigere Fabrikationsanlagen mußten errichtet werden, eine technische Neuerung folgte der andern. Ihre Erfüllung kostete jedesmal Millionensummen. Den Banken fiel die Aufgabe zu, sie zu beschaffen, der Industrie mit ihrem Kredit zu dienen. Natürlich entledigten sie sich der an sie gestellten Forderungen nicht um der schönen Sorgen ihrer Auftraggeber willen. Kleineren Unternehmen halfen sie gegen Bombardierung (Verpfändung) ihrer Werteslager. Gräßtere Firmen erhielten Wechsel- und Algekredit. Erledigung sämtlicher Bankgeschäfte durch die hellsenenden Banken, die ferner zur Kontrolle der Geschäftsführung Einstieg in die Geschäftsbücher, dagegen Aufsichtsratsposten verlangten, waren der freudlichen Helfer. Aktiengesellschaften, die neu ins Leben traten, sind zum Betrieb ihrer Aktien, Obligationen usw. von vornherein auf die Hilfe der Banken angewiesen. Diese verlangen für ihre Unterstützung selbstverständlich entsprechende Aequivalente. Hellen durch irgendeine Ereignisse, etwa in Zeiten wirtschaftlicher Depression, die Kurse von Industriepapieren, so vermögen nur die Banken durch ihre Interaktion den Sturz zu mildern respektive aufzuhalten. In solchen Fällen kommt es meist zu einer Interessengemeinschaft zwischen der Industriegesellschaft und der hellsenden Bank, die dabei auf die Geschäftsführung immer größerer Einfluß gewinnt.

Dieser ist schon so gewaltig, daß die Banken industrielle Geschäftunternehmungen zu Fusionen und Interessengemeinschaften bringen können. Liegen zwei Fabriken, die von verschiedenen Banken unterstützt werden, im Konkurrenzkampfe, so werden sie versuchen, sich durch Preisunterbietungen usw. gegenseitig den Rang abzulaufen. Damit aber schaden sie schließlich ihrer Rentabilität. Nun greifen die Banken, die sich bald verständigt haben, in der Weise ein, daß sie ihre Schülplinge zu Preisvereinbarungen usw. bringen. Und siehe da! Der Reim zu einem Kartell ist gepflanzt!

Zu allerlei profitbringenden Geschäftchen wissen die Banken ihre Macht über die Industrie auszunutzen, ohne daß sie dabei einen Pfennig Unkosten haben. Besitzen sie z. B. genügenden Einfluß im Aufsichtsrat eines Unternehmens und etwa einen hohen Prozentsatz von diesem, die sie mit bedeutendem Aufschlag verkaufen möchten, so lassen sie durch ihre Repräsentanten im Aufsichtsrat die nächste Dividende höher als auf der Börse erwartet, festsetzen. Als Folge davon steigen die Kurse der Papiere — und die Banken können sie gewinnreich abschöpfen. Wollen sie be-

gegen Aktien des von ihnen beaufsichtigten Unternehmens häufig anlaufen, so geben sie auf entgegengesetzte Weise vor. Ihre Befreuensmänner in dem Aufsichtsrat müssen dann die Dividende niedriger als erhofft ansetzen lassen; nun sinken die Kurse der Aktien und die Banken können sie billig erwerben. In nächsten Jahre treiben sie die Kurse wieder wie zuerst beschrieben in die Höhe, um dann ihre Bepiechen profitabel verkaufen zu können. Und das wiederholt sich, dann in ewigem Reigen und läßt Ströme Goldes in die Taschen fließen.

Aus tanzend Blüten wachsen die Banden Honig zu jungen. Die angeführten Beispiele lassen deutlich erkennen, welchen gewaltigen Einfluss sie bereits jetzt auf das deutsche Wirtschaftsleben gewonnen haben. Und von Jahr zu Jahr steigt ihre Macht. Wer weiß, wie lange es noch dauert, und die führenden Berliner Großbanken schweigen sich insgeheim zu einem mächtigen Ringe zusammen, dessen Mitglieder nur noch nach außen als selbständige Firmen erscheinen. Dann wird Deutschlands Industrie und Handel von einer Zentraleinstellung aus geleitet, der sie einspielfähig sind. Aber dann sind wir auch einen gewaltigen Schritt weiter auf dem Wege zur sozialen Revolution, zur kommenden Vergesellschaftung aller Produktionsmittel.

Die Arbeiter haben deshalb keinen Anlaß, sich sonderlich über die geschilderte Entwicklung aufzutragen! Sie steht ihnen die Siege zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, in der es unmöglich sein wird, daß Millionen und Übermillionen zum Leid und Elend gezwungen werden, während unzählige Reichtümer in den hohen Berges vereinigt sind!

Das Streichpostenflehen vor dem Reichstage.

Bei der Verordnung des Erlasses des Ministers im Reichsgesetzblatt hatten die Staatsminister einen Antrag eingebracht, nachdem die Regierung aufgefordert werden sollte, baldmöglichst eine Gesetzesinitiative einzuleiten und vorzulegen, durch den das Einschreibenscheinverbot einfach verbietet und unter Strafe ge stellt wird. Wir haben bereits in letzter Nummer dieses Berichts der Schriftsteller ausführlich behandelt, aber er ist so wichtig, daß er noch einer weiteren Betrachtung unterworfen werden darf.

Der Erzähler der Sonderberichte begründete den
Sitzung folgendermaßen: Das Streitgeschehen hat sich
als ein Wirkungsraum herausgestellt, denn nur mit den
befreien Geistern kann bestimmtes sein. Das mög-
liche Handlungen, die vom Streitgeschehen begangen
werden, bestimmt zwischen ihnen nicht mehr aus. Es han-
delt sich natürlich um Untergründen. Dazu kommt das
Ergebnis des Streitgeschehens auch zu spät. Gerüf ist es
schwierig, dass diese neuen Beziehungsverhältnisse so viel bessere
Geister eingesprochen werden müssten, aber der Rücken-
wurf auch die Folgen in Betracht ziehen, und in jüdöher er-
regten Jahren kann eine Schimpftothe die schlimmste
Schmach leisten. Die Politik des Landes darf nach der Ver-
einigung auch im Sachverständigen einfließen; dadurch ist
nur je ein Gerät der Rechtsanwaltschaft entstanden, und ke-
inerlei ist es zu spät ein Gefecht auf das Streitgesche-
hen um sich herumher zu richten. Ein Brief ist die Ein-
wirkung der Rechtsanwaltschaft auf die politische Be-
völkerung. In Basel hat ein legaldemokratischer Regie-
rungsrat als Sozialer der Volksrat das Streitgeschehen ver-
boten. Auch in England kann die gesetzlichen einschlä-
gige gegen das Streitgeschehen. Bei uns ist der ganze
Widerstand für dieses Gesetz. Auch die öffentlichen Ge-
werkschaften haben einen ähnlichen Zettel der Arbeitse-
mäßigen verlangt. Auch der Deutsche Reichstag hält das
Gesetz für unzulässig verworfen, ebenso die Reichtät der
Sachverständigen. Auch einige andere Städte von der
Sachverständigen haben in die gleiche Richtung und rufen darin
noch einen Untersuchungsbericht gegen die Geister.

Recht freitig machen, und es ist noch niemals einem Arbeitgeber eingefallen, ein Gesetz zu fordern, durch das den Unternehmern verboten werden soll, zur Wahrung ihrer geschäftlichen Interessen Streikbrecher in ihre Betriebe einzustellen. Ebenso selbstverständlich müssen auch die seitens den Arbeitern das Recht haben, vor ihre arbeitswilligen Kollegen hinzutreten und ihnen zuzurufen: „Tretet hier nicht in Arbeit, denn wir sind im Streik!“ Wenn die Unternehmer das Recht haben, die Unwissenheit, die Unerfahrenheit, die Notlage und den Mangel an Solidaritätsgefühl auf Seiten der Arbeitswilligen zu ihrem Vorteil auszunutzen, so muß doch auch den Arbeitern das Recht zusicherung, ihre ruhenden Kollegen aufzuläten, zu warnen und zu ermahnen, damit sie sich nicht zum Streikbruch entlocken lassen. Das ist doch wohl klar wie die Sonne um, wir möchten wohl den Menschen kennen lernen, der auch nur noch einen funken Rechtsgefühl besitzt und der dennoch dies beitreten sollte. Es läßt sich also nicht leugnen, daß das Verbot des Streikostenriebes ein schlimmer Verstoß gegen die bestehende Rechtsordnung ist und daß das Verlangen der Konserventen und ihrer Gesinnungsgenossen, der Scherfmauer, auf dem Boden des heutigen Rechts nicht erfüllt werden kann. Zuviel mag der moderne Staat erlaaten, er sei kein Rechtsstaat mehr, sondern ein Klassenstaat, und dann kann er die Arbeiter entreden. Dann mag er aber auch alle die Folgerungen ziehen, die dieser Rechtsbruch mit sich bringt.

Um diesen Erwagungen heranzuhaben auch fast alle Redner der bürgerlichen Parteien sich gegen ein geplantes Verbot des Streikpostenrechts ausgesprochen und der liberative Antrag ist mit 282 Stimmen gegen 52 Stimmen abgelehnt worden. Auch der Vertreter des Deutschen Reiches, Staatssekretär Dr. Delbrück, erklärte sich mit folgenden Worten dagegen: „Neben den Schutz der Arbeitswilligen habe ich mich bereits im vergangenen Jahre eingehend gehuftet. Unsere Stellungnahme ist dieselbe geblieben. Ich wiederhole, daß ich ein Verbot des Streikpostenrechts für ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung der Nebelstände ansiehe, deren Fortbestehen ich mit Ihnen anerkenne. Der

Spätestens am 8. Februar
ist der 7. Wochenbeitrag für 1913
(9. bis 15. Februar) fällig.

Terrorismus wird nur zum kleinen Teil durch Streifpolizei ausgetüftelt, mehr geübt wird es durch andere Leute, Spionen, zu Werthe fahrende Frauen, Kinder, in den Verhältnissen, auf den Flottidören usw., ganz abgesehen davon, daß es höchstens idem ist, dem Entbehand des Streifpolizisten entgegenzuhalten. Daraus folgt, daß nun die Erfahrungen, zu denen nach die Belästigung der Arbeitswilligen durch die Streifpolizei gehört, mit keinem befriedigen kann durch eine systematische Verbesserung unfeierliche Erfahrungen über Belästigungen, Schlägereien usw. Ich halte es nicht für richtig, ja, herausgerissen aus dem Gesetz, einzeln hier zur Verhinderung zu bringen. Mit kommen indirekt mit dem § 153 des Strafgesetzbuches aus, um Misshandlungen von Streifpolizisten zu verhindern. Das bestätigen die Befragten im Rahmen. Es sind 2000 Strafverfahren erhoben worden. Ein großer Teil der Verurteilungen beginnt mit einer Strafe. Sie bestätigen sich, es waren Unternehmen gegen Arbeitswillige, aber niemals als Beleidigung einer Gewerkschaft. Sehr zahlreich sind auch die Verurteilungen von Frauen, die als Arbeitswillige beschreibt werden. Schreie Vergrößen und selten vorgedemmt. Ein besonderes Gesetz gegen das Streifpolizeiwochen würde erfolglos sein.

„Hier wieder mit die eigenartige Beobachtung, daß der Träger der Staatsgewalt das Verbot des Ermittlungen Rechtes nicht deshalb ablehnt, weil es ein idiosyncratisches Verbot wäre, sondern weil es nicht die beschäftigte Bildung bedenkt würde. Er ist der Meinung, es werde den Behörden und der Gesetzgebung gelingen, auf normalem Wege, durch schriftliche Regelungen und durch Strafen, die ergänzende Ausübung des Strafverfahrens und damit das Ermitteln verhindern, jetzt zu bestimmen. Da bei Tatsache ist ja diese These, daß der preußischen Arbeitern das Recht der Aussichtung auf ihre arbeitswilligen Schülzen seit längster Zeit gemacht wird. Gerade hier zeigt sich so recht deutlich der Unterschied zwischen dem theoretischen Recht und dem praktischen Gewebe. Die Arbeitenden haben das Recht, überall Ermittlungen auszuüben; ein Kochpol und ein Salzpöhl, in der Nähe Schedens und auf dem Oscarplatz sind dafür dort, wo gerade gezeichnet wird. Das der Gegenseite Ermitteln werden die Strafbeamten fortgesetzen, weil sie ein Berichtsstücheramt haben, weil sie arbeitswillige befürworten, weil es bei Naturfreunden nicht passiert ist. Der Minister könnte doch einfach zu den Strafbeamten sagen: Nehmen Sie doch das Drängeln und Stören, was Sie herren, mit mir ja für Sie, was wir tunnen. Wir behandeln jedoch keine der Ermittlungen so, als ob das Ermitteln eigentlich verboten sei.“

Über der Zensur und Schließung, die Ediktinade und Strafverschärfung, sind mit der Erfüllung des Staatsinteresses gar nicht zufrieden. Sie verlangen von der Strafverfolgung ein rücksichtloses Vergessen gegen die politischen Fehler und die offene Erfüllung doch lie geblieben ist, mit der theoretischen Gleichberechtigung zwischen Unternehmern und Arbeitern gründlich aufgezogenen. Diese Gleichberechtigung, die im Wesen des modernen Staates begründet ist, ist ohne eine Sache im Laufe und ein Erfolg im Leben des kleinen Betriebsbesitzers macht ihnen wenig Sorge, denn sie wollen eben erst, daß die Rechten und die Gewalt mit den Staatssouveränen gleichbleibt festig werden, aber wenn dann es weiter keine Verhältnisse ist, daß es unter moderner Gewaltigkeit vom brennenden Recht für alle Staatsbürger. Die Männer und wollen es nicht verschaffen, daß der einfache Arbeiter das gleiche Recht haben soll wie der Großgrundbesitzer und der Großbetriebsinhaber, und darum bliden sie zu sehr darauf in jene gute alte Zeit zurück, da es noch Männer und Staaten gab, die nach dem Recht trafen seine

Geburt und seines Geldbeutels alle Rechte für sich in Un-
tersuch nahm und dem Schneider alle Pflichten und Kosten
aufbürdete. Das ist der große Schmerz, der am Herzen
der Scherfmacher liegt, das ist die Empörung, die ihre
Seele erfüllt. Und da sie keine Aussicht haben, dies
moderne Recht, das starke Vollmerk gegen Untertreibung
und Entziehung, radikal über den Haufen zu werfen, so
versuchen sie es zu untergraben und zu durchlöchern. Sobald
sie erst die Gleichheit vor dem Gesetz glücklich befeitigt, so
hoffen sie die Reihe ins finstere Mittelalter in beschleunig-
tem Schritt anstreifen zu können. Darum schreien sie nach
Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter, darum erklären sie
die Rechtsungleichheit für die Grundlage des kapitalistisch-
feuerlichen Wirtschaftsordnungs.

Doch die Herren werden sich täuschen, sie werden sich böse in den Finger schneiden. Die Arbeiter sind nicht gewillt, sich widerstandslos entrichten zu lassen. Glauben die Herren vielleicht, wir würden ruhig zuschauen, wie man uns unsere fümmelichen Rechte nimmt? Da irren sie sich gewaltig. Mögen sie den Boden des Rechts beseitigen und eine Zeit der Rechtlosigkeit herbeiführen — wir werden auch diesem Anprall zu begegnen wissen. Grätz.

Die christlichen Gewerkschaften als Beitragshörige.

Die Drahtzieher der christlichen Gewerkschaften haben es früher immer als „unerhörte Lüge“ und als „stupellose Verleumdung“ bezeichnet, wenn von ihnen gesagt wurde, sie seien katholische Zentrumsgewerkschaften. Dagegen hieß es selbst in dem „Promemoria“ zum christlichen Gewerkschaftsrecht, das der nun so gehetzte Kaplan Schopen herausgegeben hat und das erst durchaus nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war:

Tatsächlich ist R.-Gleidbach eine speziell katholische Institution, tatsächlich ist R.-Gleidbach der Schöpfer und geistige Leiter der (christlichen) Gewerkschaften."

Selbst wurden die „Christen“ dabei nicht ruhig, noch die Mühle wird zu schreien und die Finger lahm zu schreiben über die „Abhängigkeit“ der freien Gewerkschaften von der Sozialdemokratie und wie sehr dies zum Schaden der Arbeiter sei. Die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei haben beide ihre starken Anhängergruppen im mittellosen Volk, schon daraus ergeben sich natürlich manche Berührungspunkte. Daraus ergibt sich ferner, daß ein harmonisches Verhältnis dieser beiden Gruppen zueinander durchaus im Interesse dieses mittellosen Volkes liegt. Die sogenannten bürgerlichen Parteien vertreten indes unterschiedliche kapitalistische Renten- und Ausbeutungsinteressen, deshalb ist eine Harmonie der ausgebildeten Massen mit ihnen im Wesen nicht denkbar und durchaus unnatürlich.

In letzter Zeit sehen die Zentrumsdäfisten nun doch mehr und mehr, daß sie mit ihren Schleiertänzen nichts gewinnen, sie werfen sich den argsten Arbeiterfeinden, dem Zentrum, und seinem Bundesgenossen, den Junkern, öffentlich und ohne viel Zaudern an den Hals. Es geht, wie es Valentín im Faust sagt:

Wird erst die Sünde geboren,
Wird sie heimlich zur Welt gebracht,
Und man zieht den Schleier der Nacht
Vor über Augen und Ohren;
Wächst sie aber und wird sie groß,
So geht sie auch bei Tage bloß,
Und ist doch nicht schöner geworden.

Seit einiger Zeit schon werden in den Bezirken, wo auch katholische Arbeitervereine und Zentrumsgewerkschaften „eins“ sind, die religiös bedürftigen katholischen Arbeitern verpflichtet, nicht nur aus den freien Gewerkschaften, sondern auch aus den katholischen Gewerbevereinen auszutreten, um mit den christlichen Gewerkschaften das sozialfeindliche Zentrum zu stärken. Wollen das die katholischen Arbeiter nicht, so werden sie ganz ohne jede Rücksicht auf die Gefährdung ihres Seelenheils aus den konfessionellen Vereinen herausgeschmissen. Die Zentrumschrienen beweisen damit, daß sie selbst die religiösen Bedürfnisse der katholischen Arbeiter nur zur Erfreichung ihrer zentrumspflichtigen Zwecke ausnützen und daß ihnen die Religion, auch die katholische Religion, Geloba ist, wenn dieser Hauptzweck auf Schwierigkeiten stoßt.

In neuerer Zeit wird dabei auch offen gegeben, daß es politische Zwecke sind, die die „Christen“ zur Exklusivierung der Arbeitervereinmitglieder bewegen, die nicht die breitwurzelnde Zentrumspartei und die Zentrumsdchristen fördern wollen. So berichteten Zentrumsläppter, daß der siebte Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine des Bezirks Herne „bereits“ der wahrgenommenen Bühlarbeit der im linksliberalen Fahrwasser schwimmenden“ Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften beischloßen habe, daß Mitglieder dieser Gewerkschaften als Mitglieder katholischer Arbeiter- und Knappenvereine nicht neu aufgenommen werden könnten. Weiter hieß es: „Es ist untersagt, in den katholischen Arbeiter- und Knappenvereinen für die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften Propaganda zu machen. Jeder Verstoß gegen diese Bestimmung zieht den Ausschluß aus den Vereinen und damit Verlust aller im Verein erworbenen Rechte nach sich.“

aller im Verein erwordenen Rechte nach hinf. Da wird also der gegen die katholisch-kirchliche gerichtete politische Zweck offen hervorgeschoben. In einem Artikel: "Katholische Arbeitervereine und gelbe Werkbereinsbewegung" in der Nr. 4 der "R. Gladbach'sche Westdeutsche Arbeiter-Zeitung", tom 25. Januar d. J., wird auch wieder betont, daß es die katholischen Arbeitervereine bisher entschieden abgelehnt hätten, ihren Mitgliedern den Weitblick zu andern (wie den christlichen) wirtschaftlichen Organisationen zu empfehlen. Da wird zwar auch noch von den freien Gewerkschaften und den Hirsch-Denkertischen gesagt, daß sie die religiöse und die politische Überzeugung der Mitglieder nicht respektieren, indes hält man sich dann nur an die politische Überzeugung. Es heißt: "Politisch sind die genannten Organisationen auf engen mit der Sozialdemokratie bezw. dem Zentrum verbündet. Ihre Mitglieder suchen sie im Sinne dieser Parteien und deren Weltanschauung zu beeinflussen. Aus diesen Gründen haben die

katholischen Arbeitervereine auf Verbands-, Diözesan- und Bezirksdelegiertentagen immer wieder auf die großen Gefahren hingewiesen, die den Arbeitern in diesen Organisationen drohen, und Beschlüsse gefaßt, wonach Mitglieder katholischer Arbeitervereine den bezeichneten Organisationen nicht angehören dürfen.

Aber weil die Zentrumsheiligkeit sonst leiden könnte, deshalb werden die katholischen Arbeiter in die christlichen Gewerkschaften gezwungen. Das M.-Gladbach-Blatt muß selbst eingestehen, daß die betreffenden Beschlüsse anfangs manchem als zu hart erschienen seien. Weiter wurde dann ausgeführt, daß nun zu den freien und den Hirsch-Dunderschen Organisationen die gelben Werkvereine hinzugekommen seien. Und wie früher gegen den Buchdruckerverband, wird da auch gegen die Gelben gefordert, daß man sie, wenn sie als katholische Männer in die konfessionellen Arbeitervereine eintreten wollen, nicht aufnehmen und sie gegebenenfalls wieder exmittieren solle. Das sind die patentierten Hüter der Religion! Als Grund wird angegeben, es könne nicht gebüdet werden, daß „neue Beunruhigung in die Vereine getragen“ werde. Der politische Verderb wird aber auch wieder deutlich gezeigt. Es heißt unter andern: „In manchen Bezirken wurde die gelbe Bewegung ins Leben gerufen, um auf politischem Gebiete die Geschäfte des Liberalismus zu besorgen, so vor allem an der Saar. Aber auch in andern Bezirken, wie in Eßen usw., wachsen sich die gelben Organisationen immer mehr zu Wahlvereinen des Liberalismus aus. Bei verschiedenen Anlässen, insbesondere bei den politischen und kommunalen Wahlen, ist dies recht klar in die Erinnerung getreten.“

Das also sind wieder die Schmerzen der „neutralen“ Zentrumschristen. Weiter wird dann noch nach den Beschlüssen des Cölner Diözesanverbandes der katholischen Arbeitervereine in dem Artikel erklärt, daß Angehörige der gelben Werkvereine im allgemeinen nicht in die katholischen Arbeitervereine aufzunehmen seien, Ausnahmen waren nur dann zugelassen, wenn die betreffenden Mitglieder prinzipiell auf dem Boden der christlichen Gewerkschaft stehen und nur infolge eines Terrorismus des Arbeitgebers dem gelben Verein beigetreten sind. Das heißt, wenn zu erwarten ist, daß diese Gelben politisch doch noch dem Zentrum treu ergeben sein wollen! Bezeichnend ist hierbei, daß die „Christen“ gegenüber dem sozialdemokratischen „Terrorismus“ diese Ausnahmen nicht zulassen, obwohl sie nicht müde werden, über diesen „Terrorismus“ loszugehen.

Nun kommt aber bei all dem die klare Folgerung heraus: Wenn die katholischen Arbeiter den freien Gewerkschaften nicht angehören sollen, weil es sonst die Sozialdemokratie, wenn die Hirsch-Dunderschen verdammt werden, weil es die Fortschrittkräfte stärken werde, wenn weiter bei dem Ausschluß der Gelben betont wird, daß diese den Nationalliberalen dienen, und wenn aus allen diesen Gründen die katholischen Arbeitervereinsmitglieder in die christlichen Gewerkschaften gezwungen werden, dann liegt auf der Hand, daß, wie katholische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften im Westen Deutschlands eins sind, so auch die christlichen Gewerkschaften und das völkerbundende politische Zentrum im Westen eins sind! Denn außer dem Zentrum und den ziemlich gleichen Konkurrenten und den paar Christlich-Sozialen bliebe ja sonst keine Partei übrig!

Die christlichen Gewerkschaften sind Zentrum sehr tötige, sie wollen und sie müssen es sein, wenn und solange sie es überhaupt sein wollen, das wird nun im Grunde also von den christlichen Obrigkeitsherrn vor allem Volk zugegeben. Schönere wird der Arbeitervertrag dadurch natürlich nicht!

Weshalb fordern wir den Ruhetag?

Ein Mitglied schreibt uns zu der Frage folgende treffenden Ausführungen:

Die Berechtigung des Ruhetages ist ja schon oft nachgewiesen worden, aber es wurde dabei einer Seite weniger gedacht, die ich für so wichtig halte, daß ich sie einmal näher beschreiten möchte.

Es genügt nicht, daß der Mensch nur für seinen Körper und dessen Bedürfnisse sorge, auch der Geist macht seine Rechte geltend und mit diesem das Empfindungsleben. Kann der Ruhetag auf den Geist von Einfluß sein? Ganz gewiß! Doch ist es nicht meine Aufgabe, hier mit statistischen Zahlen zu operieren, das überlasse ich den dazu Berufenen. Das Beispiel wirkt oft besser als die schlagendsten Beweise, und darum einige davon.

Ruhetag! Ein gauiger Tag für mich! Welch köstliches Gut! Es ist Frühlings! Deutlich steigt soeben das Tagesgeschehen über dem Steinmeer der Großstadt empor. Schnell entfährt mich die Straßenbahn dem hastenden Getriebe; die Endstation liegt vor den Toren und dort drinnen windet der Wald. Eine kurze Spanne Zeit, dann schreite ich über den weichen Waldboden dahin. Welch ein Dom! Die mächtigen Buchen strecken gleich Pfeile in die Höhe und darüber wölbt sich die spätgotigste Kuppel weit vor den Blick reicht. Die Brust weitet sich und frischt in gierigen Augen die würzige Waldluft ein. Ich schreite weiter hinein auf verschieden Pfaden, je weiter ich schreite, desto freier wird die Brust und freier die Seele. Wie vom Radruf der Bäume verführt, beginne ich leise eine Melodie zu singen, die mächtig und wohltuend ist, bis sie endlich in hellem Jubel laut durch den Wald schallt; denn nun bin ich frei und bin Mensch. Waldesfreiheit!

Ein anderes Bild! Zu Hause! Erstaunt steht mein Kind vor mir. „Geht Du heute nicht fort?“ Heute bleibt ich bei Euch!“ gebe ich zur Antwort. Freude darüber bei allen. Jedes hat so viel zu erzählen von seinen kleinen Sorgen und Wünschen; wie ich sie um mich sehe, ist alles andere vergessen, die Freude des Vaters löscht die Sorge verschwinden. Jetzt kreise ich zu meinen Büchern. Oh, ich lese sie alle, wir sind gute Freunde. Ich halte die Weltgeschichte in meinen Händen. In meinem Geiste ziehen die Hölzer vorüber mit ihren Kämpfen und Leidern, ihrem Krieger und Rittergang, und ich lese das Dichterwerk fortgesetzt: „Die Weltgeschichte ist das Meisterwerk.“

Damit bin ich glücklich bei meinem Schiller angelangt. Heute abend wird ja „Die Braut von Messina“ gegeben und ich werde sie sehen. Freilich — nur von der Galerie aus. Aber was lämmert mich die schwangere und lachende Menge, die da kommt, ihre Toilette zu zeigen. Ich komme den Dichter zu hören und von ihm zu lernen. In meinem Auge zieht die Tragödie vorüber, ich ohne mit Schaudern, gleich dem herrlichen Chor, den Brudermord herankommen; Grausen erfüllt mich ob der entsetzlichen, blutigen Tat; befriedigt gewahre ich die gerechte Sühne der ungeheuren Schuld. Das große Schluszbekennnis: „Das Leben ist der Güter höchstes nicht, der Nebel größtes aber ist die Schuld!“ noch im Sinne, gewahre ich das Abschaffen der eleganten Welt. „Auch Ihr seid schuldig an uns, Ihr werdet es büßen müssen!“ ringt es sich mit von den Lippen, und um eine Erkenntnis reicher, wandt ich bestiedigt nach Hause.

Wollt Ihr mehr Beispiele, wohl, Ihr könnt sie haben, alle aber sagen Euch, was diese sagen: „Habt Ihr den Ruhetag, dann werdet Ihr wenigstens an diesem Tage Menschen und keine Arbeitstiere sein! Darum kämpft, kämpft bis zum letzten Blutstropfen für den Ruhetag!“

Zur Arbeitslage.

Die unruhige politische Lage hat in der letzten Zeit besonders auf die Weiterverarbeitungsindustrie eingewirkt und ist demzufolge die Arbeitslage nicht so günstig gewesen, wie sie nach dem Stand der Wirtschaftskonjunktur sein könnte. Entgegen den Erwartungen der vorhergegangenen Jahre kann jedoch der heutige Geschäftsgang als aufstrebend betrachtet werden und für den Monat Dezember des vergangenen Jahres nunmehr vorliegenden Berichte und statistischen Ziffern weisen, im ganzen genommen, ein günstiges Bild auf.

Nach den Berichten des „Reichsarbeitsblattes“ bestand im Dezember im Kohlenbergbau lebhafte Förderung und Versendung; die Roheisenproduktion, die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie waren gut im Gang; die chemische Industrie, Textil- und Papierindustrie hatten beständig zu tun. Diese günstigen Berichte stehen jedoch im Widerspruch mit den Berichten der Krankenlizenzen, die für Dezember eine Verschlechterung des Beschäftigungsgrades gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahr konstatieren. Die Beschäftigungsziffer berichtet an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Krankenlizenzen hat im Dezember eine Abnahme von 175 620 Mitgliedern erfahren (181 732 männliche und 43 888 weibliche Mitglieder). Im Vorjahr verminderte sich der Mitgliederbestand um 18 539, im vorjährigen Dezember um 139 932. Gegen Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad, wenn der Bestand am 1. Januar zu Hundert gilt, bei männlichen Personen im Vergleich zum Vormonat von 106 auf 102 gesunken. Die Berichts-Arbeitsnachweise weisen günstigere Resultate auf. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise lamen im Dezember 1912 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 175 Arbeitssuchende gegen 173 im Vormonat und 188 im gleichen Monat des Vorjahrs. Bei den weiblichen Personen waren die entsprechenden Zahlen 106, 122 und 112. Die Verhältniszahlen der Arbeitssuchenden haben danach bei beiden Geschlechtern den hohen Stand des Vorjahres nicht erreicht.

für Bäder und Konditorei sind bei den berichtenden Arbeitsnachweisen im Dezember 7591 Arbeitssuchende, 4880 offene Stellen und 4087 Vermittlungen gebucht worden. Auf je 100 offene Stellen entfielen 156 Arbeitssuchende gegen 178 im Parallelmonat des Vorjahrs und 156 im November 1912. Nach diesen Verhältniszahlen hat sich die Arbeitslage für unsere Berufe gegenüber dem Vorjahr erheblich verbessert. Die günstige Beschäftigung in den Kell-, Bonbon- und Kaffefabriken war auf diese Ziffern von großem Einfluß. Das Weihnachtsgeschäft in der Süßwarenindustrie war anscheinend erheblich besser als im Vorjahr. Eine Bestätigung dieser Annahme geben die vorliegenden Berichte aus der Kell-, Konfitüren-, Bonbon- und Marzipanfabrikation und ein Bericht der Vereinigten deutschen Buderativen- und Schokoladenfabrikanten. Wie sich die Arbeitslage in den einzelnen Landesgebieten gezeigt hat, ist folgendes Aufstellung zu entnehmen:

Stadt, Provinz oder Stadt	Soll der			Hat jede offene Stelle zwecks Beschäftigung		
	Arbeitssuchende	offene Stellen	Verhältnis	im gleichen Monat	offene Stellen	Verhältnis
Provinz Ost- und Westpreußen	19	11	8	178	1,64	10,00
Berlin und Brandenburg	9163	1815	1797	1,19	1,21	1,53
Provinz Sachsen	118	58	57	1,95	1,74	2,54
- - - Bozen	89	28	25	1,40	1,18	1,68
- - - Schlesien	261	150	147	1,69	1,62	1,56
- - - Sachsen	116	89	76	1,30	1,10	1,78
- - - Schles.-Westpr.	68	28	28	2,48	2,28	6,80
- - - Hannover	128	58	58	2,10	1,80	2,09
- - - Hessen	242	116	81	2,95	2,74	2,90
- - - Hessen-Nassau	800	85	85	3,58	3,58	2,80
- - - Rheinland	242	107	99	2,26	2,21	2,67
Königreich Bayern	629	497	489	1,36	1,38	1,50
- - - Sachsen	618	490	392	1,48	1,48	1,47
- - - Württemberg	204	96	77	2,12	2,04	2,10
Großherzogtum Baden	488	190	105	4,07	3,80	4,76
- - - Hessen	99	28	27	3,29	2,90	20,50
Andere Bundesstaaten	28	19	10	1,91	1,09	—
Freie Stadt Hamburg	1522	1082	1052	1,44	1,47	1,48
Freistaat Sachsen	240	100	91	2,40	2,58	2,94

Gegen den Vormonat ist eine relative Steigerung in der Zahl der Arbeitssuchenden eingetreten in Ost- und Westpreußen, Sachsen, Bozen, Schlesien, Provinz Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hannover, Hessen, Württemberg, Hessen-Nassau, Württemberg, Baden, Hessen und in andern kleinen Bundesstaaten. Eine Verminderung des Antranges ist für Berlin, Hessen-Nassau, Königreiche Bayern und Sachsen, Hamburg und Elsass-Lothringen zu konstatieren. Gegen den Parallelmonat des Vorjahrs trat bei nahe in allen Landesgebieten ein Rückgang der Arbeitssuchenden ein; eine Ausnahme ist für Schlesien, Hessen-Nassau, Württemberg und Hamburg zu konstatieren. Doch sind die Steigerungen so gering, daß sie keinen Einfluss auf das Gesamtbild ausüben. Damit wird die ermittelte Durchschnittsziffer bestätigt. Es ist zu wünschen, daß die vorhandene halbwegs günstige Lage für unsere Berufe anhält; das seit vorhergehender Überangebot verträgt keine größere Belastung durch weitere Arbeitslose.

Württemberg, Baden, Hessen und in andern kleinen Bundesstaaten. Eine Verminderung des Antranges ist für Berlin, Hessen-Nassau, Königreiche Bayern und Sachsen, Hamburg und Elsass-Lothringen zu konstatieren. Gegen den Parallelmonat des Vorjahrs trat bei nahe in allen Landesgebieten ein Rückgang der Arbeitssuchenden ein; eine Ausnahme ist für Schlesien, Hessen-Nassau, Württemberg und Hamburg zu konstatieren. Doch sind die Steigerungen so gering, daß sie keinen Einfluss auf das Gesamtbild ausüben. Damit wird die ermittelte Durchschnittsziffer bestätigt. Es ist zu wünschen, daß die vorhandene halbwegs günstige Lage für unsere Berufe anhält; das seit vorhergehender Überangebot verträgt keine größere Belastung durch weitere Arbeitslose.

Krankenkassen-Verbände und Leipziger Ärzteverband.

Eklärung.

Die Krankenkassen-Zentralverbände, welche die Interessen von über 14 Millionen Versicherten vertreten, Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter aller Parteien in sich vereinigt und in der Arztfrage in allen Punkten völlig einig gehen, haben bereits bei früherer Gelegenheit kundgegeben, daß sie den dringenden Wunsch hegen, mit den Ärzten in Frieden zu leben und eine Verständigung auf allgemeiner Grundlage herbeizuführen. Nachdem die vom Reichstag des Innern in dankenswerter Weise eingeleiteten Einigungsverhandlungen zwischen den Verbänden der Krankenkassen und der Ärzte vorläufig geendet sind, halten es die Krankenkassenverbände für geboten, vor der Öffentlichkeit folgendes festzustellen:

1. Die Krankenkassenverbände waren bereit, an den Einigungsverhandlungen teilzunehmen auf der Grundlage, die in der Einladung des Herrn Staatssekretärs Dr. Delbrück zu einer Konferenz im Reichstag am 18. November 1912 gegeben war. Die Krankenkassen hatten sich hierzu unter Zurückstellung schwerer Bedenken entschlossen und obwohl sie nach ihrer aufrichtigen Überzeugung durch die Fassung des Entwurfs der Vereinbarung bei den Verhandlungen von vornherein in eine ungünstige Stellung gebracht waren. Demgegenüber ist der Leipziger Ärzteverband trotz wiederholter Vorstellungen der Reichsregierung dabei verblieben, daß er Vertreter zu den Einigungsverhandlungen nur dann entsenden werde, wenn die Teilnahme der Ärzte daran auf die Kriegsfreiheit seiner Rückung beschränkt werde. Mit Recht hat es Herr Staatssekretär Dr. Delbrück abgelehnt, sich von dem Leipziger Verband in dieser Beziehung Vorschriften machen zu lassen, und erklärt, daß der Leipziger Verband das Zustandekommen einer Konferenz verhindern will und somit die Verantwortung für das Scheitern des Vermittlungsvorschlags der Regierung trägt.

2. Die gesamten Krankenkassen-Zentralverbände sprechen sich weiter einmütig aus gegen Sonderverhandlungen zwischen Krankenkassen- und Ärztekassen für einzelne Bundesstaaten, weil nach ihrer Ansicht auf diese Weise der herbeigeführte Friede in vollem Umfange nicht zu erreichen ist. Keine der beiden Parteien würde bei solchen Einzelverhandlungen mit vollkommen Freiheit vorgehen können, weil sie sich durch Rücksichten auf die Gesamtlage gebunden fühlen würde. Einigungsverhandlungen können nur dann einen Zweck haben, wenn sie durch die Zentralverbände und für das ganze Reich geschehen.

3. Der Leipziger Ärzteverband steht den Krankenkassen kampfbereit gegenüber; er hat für einen allgemeinen Kampf einen Millionenfonds angemietet, er hat örtliche Ärztevereinigungen geschaffen, die rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Diese Vereine sollen in Zukunft allein noch Verträge schließen mit den Krankenkassen und den andern Körperschaften, welche auf die Ärzte angewiesen sind. Nach dem Willen des Leipziger Verbandes sollen in Zukunft die einzelnen Ärzte überhaupt keine Verträge unterzeichnen. Den Krankenkassen ist es in Wahrung ihrer wichtigsten Interessen und ihres Bestandes unmöglich, die wenige belasteten Forderungen des Leipziger Verbandes zu erfüllen. Bei dieser Sachlage und bei der drohenden Kampfstellung des Leipziger Verbandes müssen die Krankenkassen erwartet, daß entweder ihnen die örtliche Hilfe, nötigenfalls durch beamtete Ärzte, sichergestellt wird, oder daß sie in Streitfällen von der Gewährung der ärztlichen Beaufsichtigung entbunden und alsbald ermächtigt werden, an deren Stelle die im Gesetz vorgesehene Leistung zu geben.

Hauptverein deutscher Ortskrankenkassen, Berlin.
Hauptverein deutscher Betriebskrankenkassen, Essen.
Gemeinsamer Verein deutscher Krankenkassen, Esslingen-Köln.
Allgemeiner deutscher Knappelsackverein, Berlin.
Verband deutscher Innungskrankenkassen, Hannover.
Zentrale für das deutsche Krankenfasswesen, Berlin.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Quittung.

Vom 27. Januar bis zum 2. Februar gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Januar: Coburg 4.27,90, Gießen 24,80, Karlsruhe 100,80, Magdeburg 114,40, Berlin 10.509,90, Leipzig 1844,65.

Der Einzelzahler der Hauptkasse: G. S. Goldbaum 4.40, M. R. Grünbaum 4,60, R. S. Lehmann 10,90, S. G. Grosow 45,75, S. G. Wilhelmi 1,50.

6. 2. Berlin 3,70, D. 5. Bremen 4,80, 8. R. Oberfranken 4,50, D. St. Gallen 5.
Für Abonnements und Annoncen: L. Hamburg 1,50, L. Frankfurt a. M. 5,50, M. R. Berlin 20, Bochum 3, G. G. Heilbronn 8, Karlsruhe 2,70.

Sterbetafel.

Dresden. Elsa Krause, gestorben am 6. Januar.
Schwerin. Walter Schwarz (Lehrling), ertrunken am 29. Januar.
Ehreihrem Andenken!



Korrespondenz

(Bericht von Beschlüssen führen nur Aufnahme,
wenn sie dem allgemeinen Interesse sind. Alle zur Ver-
öffentlichen bestimmten Beschlüsse müssen mit dem
Zahlensymbol beschränkt und vom Verfassenden gegen-
geteilt sein.)

Generalverjammungen.

Wistberg. Am 26. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche täglich besucht war. Kollege Rupp, reicht uns den Sonder- und Schenkbetrag. Aus dem Interesse ist zu entnehmen, daß die Gesamtaufnahmen in der Reihe des Schenkbetrages von 1. Januar 1912 $\text{A} 980.21$ betragen, die Abgaben belaufen sich auf $\text{A} 769.43$, so daß ein Aufschwung von $\text{A} 210.78$ verzeichnet. Ein Kartenverkauf wurden 1504 Stück umgesetzt. Aufnahmen lourten 25 erzielt werden. Aus der Tafel gingen hervor: Vorständende: Josef Wagnleitner und Georg Wein, Schriftführer: Peter Lehner, Schriftführer: Karl Gnan, Revisoren: Christoph Gruber und A. Grabinger, Statthalteregierte: Gruber und Grabinger. Für Unterhaltungen wurden Josef Gruber und Dr. Anton Schmidl. Unter "Gesang" wurden noch verschiedene Interessengesangvereine der Bektische erledigt, und Anfragen an den Vorsitzenden Gruppenobmann zur Antwort erledigt.

Überred. Unsere Leibet war einzigt befudie Generalversammlung sond am 19. Januar wied. College Steinhardt gab den Vortragsbericht in welchem er besonders die Schwierigkeiten in der Agitation besprach. Aber trotzdem sei unsere Schule auf 23 Mitglieder angewachsen. Professoren Reinharter der Städtebericht gegeben und derselbe angenommen war. Wurde zu den Ausschüssen gewählt, die der Professor Dr. Röss leitete. Es wurde der bisherige Vorstand sowie das Präsidium wiedergewählt und zwar Wilhelm Steinhardt als Vorsitzender, Bifor Reinharter Kämmerer, Dr. Adolf Schäffäler sowie die Kollegen Stödlein und Schäfer, Franklin Gaußler und Dr. von Schröder als Auskunftsmitglieder. Außerdem nach berücksichtigung isolale Anliegenabstimmungen erledigt waren, wodurch der Vorstand mit dem Gründen zweier Brüdervereinigungen die gut verlaufenen Versammlungen.

Sedan. Am 31. Januar liegt im Reichstag
Sedan unter Generaldebatzung. Seiner Exz. gab
der Schriftsteller und Poet Dr. Ferdinand Freiligrath
die erstaunliche Notiz dieses Schicksals an
den sozial Demokraten unter Gruß im Auftrage
des Reichstags in Berlin über. Sowohl ist es erstaunlich,
dass wir längst in der Republik sind; Sedan nicht ver-
öffentlicht haben, was wir erreicht haben; & ist dies
ausgeschlossen, da Historiker der Republik präsentieren.
Die Rep. hat diese Erfahrung nicht mehr unter-
schieden können. Wenn ich mich im Jahr 1870 in der
Schule unterrichten ließ, so wurde mir eine einfache
Schematische Karte des Reiches mit den verschiedenen
Provinzen und den Hauptstädten gezeigt, die die
Städte für die Republik mit Eigentümern ange-
zeigt. Das war typisch für die Republik, das ist zu
sehen, wie andere Staaten das nicht tun. Und wenn ich in
der Rep. Republik wurde, und ein gewisser Herr, der
die Rep. Republik wurde, und einen Bürgermeister,
der auch Republik war, aus meiner Stadt unter-
suchte, dass es keine Oberhäupter und Ober-Bevöl-
kerung in der Republik die Parteidoktrinen
wurden, und dass es keine Republik für Republi-
kanten wurde, dann war kein Speck zu
finden. Ich kann es nicht verstehen, dass ein Mensch in einer Republik zu ent-
wickeln beginnen möchte, die Parteidoktrine
zu erhalten. In Bezug auf Sedan
scheint es mir, dass die Republik eine einzige
gewisse Art der Republik ist, nicht mehr als
eine andere. Es ist nur eine Republik, die im ersten Jahr
eilt in den Landen der Republik zu leben, kann nicht
in die Republik gehen, es ist nur eine Republik, die
in den Republiken lebt, die Republik ist nicht, was man

Dresden. Am 19. Januar fand im „Goldenen Schwan“ unsere Generalversammlung statt. Nachdem Kollege Winger den Jahresbericht gegeben und darauf hingewiesen hatte, daß auch dieses Jahr für die Dresdner Kollegenschaft als erfolgreich zu bezeichnen ist, gab Kollege Bosse den Rassendericht. Die Gesamteinnahme betrug im Jahre 1912 A 3000,38; an den Hauptvorstand wurden abgezahlt A 6001,50. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 390. Besonders wurde noch auf die Entwicklung der Staffel von A 1 hingewiesen, welche einen bedeutenden Vorteil für die Mitglieder biete. Durch den Arbeitsnachweis des Verbandes wurden 70 seite Stellen vermittelt. Aufhilfe wurde an 116 Kollegen für 1102 Tage vergeben. Versammlungen fanden im vergangenen Jahre statt: 15 Mitglieder-, 8 öffentliche Versammlungen sowie 23 Vorstandssitzungen und 21 Betriebsversammlungen. Bei der Vorstandswahl wurde mit kleinen Abweichungen der alte Vorstand wiedergewählt. Nachdem Gauleiter Heßschold die Mitglieder noch aufgefordert hatte, auch in diesem Jahre den Vorstand mit allen Kräften zu unterstützen, damit es nicht mit ein Kampfjahr, sondern auch ein Siegesjahr werde, wurde die Versammlung geschlossen.

Göpenic und Umgegend. In der am 22. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Vertrauensmann einen kurzen Referat über den vorliegenden Schreibbericht (welcher bis 15. Februar im Verleihbüro des Göpendorfer Büros ausliegt). Als Einnahme für Werken war ein Betrag von M 1462,20 zu verzeichnen, demgegenüber stand eine Ausgabe von M 207,00, so daß der Verwaltung des Bezirks Berlin M 1255,15 überreicht werden konnten. 56 Kollegen wurden im Laufe des Jahres aufgenommen, welche teilz. betrogen, teils noch in der Nachstelle sind; die Zahl der organisierten Kollegen beträgt jetzt 56. Zur Erörterung der Verbundagechäfte fanden 15 Versammlungen statt. Kollege Haußmann hält nunmehr einen beifällig aufgenommenen Bertrag über „Die Bedeutung der Geellen- und Eiszeit“ an die Vorstände in Berlin und Pregelski. Redner die unbedingte Notwendigkeit der Befreiung der Gefellenschaft durch die organisierten

**Jedes Mitglied bemühe sich, den
Wochenbeitrag für den Verband
stets im voraus zu entrichten!**

Stellenen ein. Daraus würden wir alle daransehen, um den Gelehrtenauswahlgremium der Zeitung Göpenid auch 1913 wieder in die Fünfe zu bekommen. 1911 haben wir ihn erobert. 1913 würden wir denselben vertheidigen. Als Kandidaten zum Auswärtig würden die folgenden Kollegen aufgestellt: Wimann, Schütze, Göllee, Schön, Geißel und Berndt; als Vizepräsidenten die Kollegen Schröder, Gräbner, Biehler, Weidner, Schumann und Rentschler. Die Leitung der Zahlensetzung liegt nun wie folgt für das Jahr 1913 zu kommen: Vizepräsident: Sonnenburg; Schriftverwaltung (Friedrichsbogen); Nachrichten und Parteidilegierter für Göpenid und Fried-
richsbogen; Robert Göllee, Beijer (Sohnsdorf) und
Schriftührer für Bohnsdorf und Gräbner; Adalbert Ludwig
Wohlsdorf, Schriftsteller und Redakteur; Stell-
dilegierter für Edlerhof; Paul Rehm (Edlerhof), Fund-
stück für Edlerhof und Stelldilegierter daneben; Paul
Wimann (Göpenid), Schriftwart für Göpenid und stellver-
treternder Parteidilegierter daneben; Erich Schütze (Göpe-
nid), Funktionär für Wohlsdorf. Die neu gewählte Zahl-
ensetzung bildet unter Einschließung des Altersellen die
Mehrheitskommission für die Intervalle der Zehntelle;
die kleine Funktionäre bekannte sich, erneut bestätigt
Leitung und Organisation für den Verband die Kom-
mission der vertriebenen Solloren aus ihrer Wite. Per

Berichterstattung erfuhrte noch die Kollegen, die Zahl-
erhebung eifrig zu unterdrücken und in Abberufung
der berichtenden Gewerkschaftsräte sehr zu erütteln.
Das Berichtsrecht befindet sich jetzt: Coburg, Grünstr. 14.
Die Fragefrage, bei Augustin, wo befindet sich nächste Ber-
richterstattung am Thüring. 10. Februar, Redaktionssitz 5½ Uhr
befindet. Die Worte des Berichterstatters ist:
„Hier Sprechende, Frühstückstage, Augustin, 22, 2. Et.

Damit liefern wir wichtige bedeutsame Generalerkenntnisse, welche am 20. Januar statt fand. Ein Rückblick auf die im letzten Jahrzehnt erarbeitenden Erkenntnisse wurde bei Sonntag durchgeführt, damit sie an der Besprechungsitzung teilnehmen könnten. Die Rücksicht war aber jederzeit nicht nötig, weil das gemeinsame Erkenntnisgefühl bei beiden Mitgliedern nicht sehr hoch standete, noch dazu, wenn sie beiden es vorgezogenen, die Besprechungsitzung nicht zu besichtigen. Aus dem Bereich der Geschäftsführung war zu entnehmen, dass die Arbeitenden der Betriebssparte aus diesen Verhältnissen redigieren würden. Wenn ein ähnlicher Gesichtspunkt gegenüber dem vorliegenden Jahre nicht verwirklicht werden kann, so besteht, weil hier mit den allgemeinsteigerten eisernen und Stahlketten zu rechnen ist. Zur Laufe des Jahres möglicherweise kommt etwas ergänzt werden, es war aber nicht möglich, dies möglich, die Richtlinien auf den Sozialen zu prägen. Die einzigen Kollegen wurden durch den Zeitpunkt der Sitzung und durch die Erkenntnisse bestimmt, die "Geben" in allen Fällen gewünscht. Die Erwerbsmiete und die Mietpreise stiegen bis auf 4.315,51. Die Arbeitslosen-, Sozialen- und Reisenunterstützung werden an 30 Kollegen für 861 Euro, 4.219 erreicht. Dazu wird bei jedem Maße an

Der 100. Zuge war 710 Graden, was bei zumindest dem Meister eine Recknerregung von A. B. Der 110. Zuge war nur sehr wenig beeindruckend. Auch dieser Teil hat die Meisterschaft leicht übernommen, wenn man die ersten Gebote noch berücksichtigen bleibt. Es könnte vielleicht weiter werden, wenn hier mehr Bildwiedergabe und mehr Schachmatte bestanden als zu früher waren. Beides wurden vom 100. Zuge mit 100 Zügen erreicht. Keine einzige Partie im Großturnier 1960 ist vergleichbar, leider ist ein großer Teil in den Abgründen des "Berndtsonnen" zurückgewichen. Zur Abschließenden Schachmattemenge hingegen wurde gestritten und es wurde nicht über einstimmig gewonnen, ob der Meisterabsatz durch den Berndt ein Sieg oder nicht. Die Sache standen so: Schachmatte

11 Mitglieder, 6 öffentliche Versammlungen und 19 Betriebsbesprechungen abgehalten. Zur Agitation sind 19 000 Flugblätter verbreitet worden. Die Organisation hat auch nicht versagt, wenn die Berufssangehörigen in ihren gesetzlichen Rechten gehindert wurden. Es sind 14 Klagen beim Amts- oder Gewerbegegericht überwiesen worden, wobon neun mit Erfolg durchgeführt werden konnten. In vier Fällen genügte das Eingreifen der Organisation, um die Unternehmer zu bewegen, den Ansprüchen der Kollegen nachzukommen. Auch der vollständig Wehrlosen, der Lehrlinge nahm sich der Verband oft an. Vier Klagen wurden auf Aushebung des Lehrvertrages gestellt, drei sind zugunsten der Lehrlinge entschieden, eine noch nicht erledigt. In mehreren Fällen musste die Organisation wegen Fortschreitens der gesetzlichen Arbeitszeit eingreifen. Hauptächlich waren es Lehrlinge, die standlos ausgebaut wurden; bis zu 20 Stunden Arbeitszeit wurde festgestellt und die Bejuratung solcher gewissenlosen Ausbeuter erreicht. Die deshalb vom Innungsvorstande zur Hilfe herbeigefeuerten Gelden haben das Vorgehen des Verbandes natürlich als schamlose Denunziation bezeichnet. In Danzig ist als ein harter Boden, und der Vorschlag der Berufssangehörigen muss sein: Erst schaffen und dann genießen! Von diesem Gedanken war auch die Versammlung getragen. Die Kollegen werden alles daran setzen, daß in diesem Jahre die Organisation weiter fortschreitet und die verknöderten Bünstler durch vereinte Kraft und Solidarität der Arbeitervereinigung zu zeitgemäßen Anliegungen erzogen werden. Nach den Wahlen des Vorstandes und der andern Funktoren wurde die Versammlung mit dem Wunsche geschlossen, daß jeder für die Ausbreitung unseres Zentralverbandes einzutreten möge.

Erfurt. Am 19. Januar fand die Generalversammlung statt. Kollege Friedrich gab den Jahresbericht. Er hob hervor, daß der diesjährige Bericht mehr als lokale Bedeutung für die Zahlstelle Erfurt habe; denn die gesamte Thüringer Kollegenenschaft nehme Anteil an der Entwicklung dieser Zahlstelle. Der vorliegende Statutenbericht sei das Ergebnis einer mühevollen Arbeit, welche, wie die Generalversammlung selbst beweise, gute Früchte getragen habe. Die Gesamteinnahmen betrugen inslusive Räumenbesitz und am Jahresabschluß $\text{M} 2385,37$, die Ausgaben $\text{M} 2234,28$. Der lokale Räumenbestand habe sich von $\text{M} 33,32$ auf $\text{M} 100,99$ erhöht. In Unterstützungen wurden insgesamt inslusive Lokalunterstützung $\text{M} 319,36$ aufgezählt. Die Mitgliederzahl, welche zu Anfang des Jahres 50 mit den umliegenden Ortschaften betrug, sei sich auf 106 erhöht. In Erfurt selbst sei die Zahl der Mitglieder vervielfacht. Die außerordentlich hohe Fluktuation hat einen großen Teil der Erfolge allerdings wieder illusorisch gemacht. Von 145 gewonnenen Mitgliedern sind 95 wieder abgereist. In dieser Fluktuation verlor sich der ganze Nutzen der Kollegenenschaft gegen die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen. Eine Aenderung hierin sei jedoch nicht eher zu erwarten, bis an Stelle des planlosen Aufbaumes des einzelnen das zielbewußte Festhalten des Gemeindewillens trete. Eine Verbesserung ihrer Lage haben die Kollegen in der Großfahrt Giebelsleben erfahren, indem ihnen mit Hilfe der Organisation eine Lohnzulage von $\text{M} 1,50$ pro Raum und Woche gewährt werden mußte. Das Ergebnis der Gesamtaktivität stellt sich als ein tüchtiger Schritt nach vorne dar. Um kommenden Zeiten gelte es, die gewonnene Position zu halten und neue Erfolge hinzuzufügen. Dem Gesamtvorstand und dem Kassierer wurde Dechnitz erneut und auf Antrag seine Wiedermahl per Abstimmung einstimmig beschlossen. Es fungieren als Vorsitzende E. Uebach und W. Rehler, als Kassierer W. Friedrich, als Schriftführer H. Wellendorf. Als Kritikoren wurden die Kollegen R. Kawallius und J. Höhlweg gewählt. Außerdem wurden noch vier Kollegen als Zeitschriften zu einem Bildungskursus des Arbeiterbildungsausschusses gewählt. Als Kartelldelegierte fungierten E. Uebach und W. Rehler. Die Punkte Kartellbetrieb und Bezirksfahrt zu Prügsten nach Almenau wurden vertagt.

Eßlingen. Am 29. Januar fand im Gasthaus „Zur Neuen Welt“ unjete Generalversammlung statt. Der Vorsitzende A. Scherr gab den Bericht des verflossenen Jahres unter Hinweis auf die im verflossenen Jahre gemachten Fortschritte. Auch unser Kassierer W. Ellinger gab einen ausführlichen und sehr befriedigenden Kassenbericht. Die Reutwahl der gesamten Vorstandsschaft ergab: Kollege A. Scherr Vorsitzender, W. Ellinger Kassierer, M. Meinhardi Schriftführer, R. Engel und C. Kischle Abgeordnete und C. Eisrin als Vorstandsmitglied. Nun rezipierte Kollege A. Lenzen über: „Rückblick auf das Jahr 1912.“ Sein sehr instruktives und lehrreiches Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Bezirk Frankfurt a. M. An den Tagen vom 5. bis 11. Januar hielt Kollego Ponles in den Städten Frankfurt a. M., Höchst, Offenbach, Darmstadt und Hanau öffentliche sechstägige Mitgliederversammlungen ab, in welchen er lehrreiche Vorträge über die Themen: „Wohin treibt die Entwicklung der geistlichen Organisationen?“ und „Der Materialismus der Innungen und die Lohnkämpfe der Kollegenfamilie“ hielte. In Höchst a. M. fand gleichzeitig die Jahresversammlung der Sektion statt. Die Mitgliedszahl ist in die gleiche geblieben wie im Vorjahr. Der Mitgliedsumfang beträgt 1815, die Gesamteinnahme ₩ 1882,74, die Ausgabe ₩ 1680,91. Der Überschuss von ₩ 201,83 wurde der gemeinsamen Sozgie in Frankfurt a. M. überwiesen. Unterstützungen wurden ₩ 580 aufgezahlt. Der erste Vorsitzend wurde mit kleinen Aenderungen, vorbehaltlich der Zustimmung der gewünschten Generalversammlung,

In Friedberg i. H. fand die Generalversammlung am 5. Januar statt. Der Ratsienbericht hatte Kolleg Krummels verblüfft und er erörterte die wichtigsten Ereignisse im Jahre. Beoen Behinderung des bisherigen Vorliegenden wurde der bisherige Staatsrat, Kolleg Wunderlich, zum Vortragenden, die Staatsrat Hardt, als Schriftführer Betriebs, als Revisor der bisherige Vorliegende geschafft.

In Offenbach nahm die Versammlung am 9. Januar zuerst den Vortrag des Kollegen Zaales entgegen, denn gewidmet war der Jahresbericht. Mit die Mitgliederzahl war um 1 gestiegen, so bestätigt die Versammlung.

293 mehr als im Vorjahr. Die Gesamteinnahme betrug ₣ 2272,10, die Ausgabe ₣ 2162,10. Der Ueberschuss von ₣ 110 wurde der gemeinsamen Kasse in Frankfurt a. M. überwiesen. Der Vorstand besteht aus den Kollegen Rösch, Hoffmann, Volkath, Berger und Nadelin, zuzüglich des Beiratsklassifizierer.

In Hanau fand die Generalversammlung am 23. Januar statt. Der Kassenbericht war vom Bezirksleiter verfasst und den Mitgliedern mit der Einladung präsentiert. Die Kollegen Rösch und Kumeleit ergänzten den Bericht. Trotz aller Versuche der Arbeitgeber, in Gemeinschaft mit dem Gewerbeverein unsere Organisation aus Hanau zu verdrängen, ist es ihnen nicht gelungen. Die Mitgliederzahl ist um drei gestiegen, der Markenumfang beträgt 177 mehr als im Vorjahr. Die Gesamteinnahme betrug ₣ 558,82, die Ausgabe ₣ 511,45, der Kassenbestand ₣ 77,37. In den Vorstand wurden die Kollegen Rösch, Stenzel, Bessing, zu Besuch von Diehl und Kauter gewählt. Die gemeinschaftliche Generalversammlung in Frankfurt a. M. findet am 7. Februar, nachmittags 4 Uhr, statt.

Halberstadt. Die Generalversammlung fand am 19. Januar im Gewerbeschause statt. Der Vorsitzende gab den Geschäftsbericht. Nachdem wir drei Jahre bei Zehnstelle Magdeburg angehört hatten, war es uns durch die eifige Tätigkeit der Kollegen möglich gewesen, am 1. Januar 1912 die eigene Zahlstelle zu gründen. Das Versammlungswochen ist aber noch schwach. Es wurden im Laufe des Jahres nur fünf Mitgliederversammlungen abgehalten, die übrigen mussten wegen zu schwachen Besuchszahlen ausfallen. Neben sieben Vorstandssitzungen fanden ferner noch sechs öffentliche Versammlungen für Bäder statt, die sehr schlecht, und sechs öffentliche Versammlungen für die Fabrikbranche, von denen einige mäßig besucht waren. Rundtondionen wurden fast in keiner Versammlung bemüht. Drei Betriebsversammlungen für die Firma Gerlach waren gut besucht; zu einer für die Firma Gebr. Siemens angesetzten Versammlung war niemand erschienen. Kollege Janio gab den Kassenbericht. Es wurden am 1. Januar 61 Mitglieder von Magdeburg übernommen, am Jahresende waren es 67. Die Einnahme betrug ₣ 1878,60, die Ausgabe ₣ 1252,09. Der Kassenbericht wurde vom Bezirksleiter Mahe geprüft und für richtig befunden. Bei der Neuwahl wurde die Kollegen Niemann als Vorsitzender, Bernold als Kassierer, Schönenmenn als Schriftführer, König und Schorling als Beisitzer, Buselius und Görtner als Revisoren, Niemann und Schönenmenn als Kartelldelegierte gewählt. Im Schluswort kritisierte Kollege Mahe die Agitation in den Kleinbetrieben und der Fabrikbranche; in Halberstadt sind noch viele Kollegen und Kolleginnen zu gewinnen, außerdem ist auch in Quedlinburg noch ein ausköhlvolles Organisationsfeld vorhanden.

Halle a. d. S. Am 19. Januar fand im Betriebslokal "Zwei Könige" die Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt die Versammlung in üblicher Weise die im verlassenen Jahre verstorbenen Mitglieder. Darauf erstattete Kollege G. Friedrich den Geschäftsbericht, welcher in allen Punkten einen nennenswerten Fortschritt aufwies. Die Einnahme betrug ₣ 10 887,97, die Ausgabe ₣ 9033,58, so daß am Schluß des Jahres ein Kassenbestand von ₣ 964,39 verbleib. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 502, im Jahresdurchschnitt 461, was eine Steigerung gegen das Vorjahr um 113 bedeutet. Das Mal konnte über größere Bahnbewegungen in der Zahlstelle berichtet werden. Der Lohnkampf der Bäder im vorjährigen brachte ansehnliche Erfolge, die in das vorjährige System des Monat- und Logesmonanges beim Meister Brücke schlugen; desgleichen war es in der Hotelfach- und Schuhfabrik von A. Röhr zu einem erheblichen Sieg gekommen. Aber auch im Bezirk war ein reges Leben zu verzeichnen. Auch zu gleicher Zeit wie in Halle trafen die Kollegen in Jena die Förderungen an die Baderinnung ein. Mit Hilfe der Arbeitgeber gelang es auch dort, einen schönen Erfolg zu erzielen. In Rudolstadt traten die Kollegen bei der Firma Richter in eine Bewegung ein, die damit endete, daß die hauptfachlichen Verhandlungen anerkannt wurden. Die Tätigkeit des Vorstandes war angesichts dieser Bewegungen eine umfangreiche. 173 000 Flugblätter wurden herausgegeben. 21 Versammlungen, Sitzungen, Verhandlungen mit Arbeitgebern und sonstige Veranstaltungen waren zu erledigen. Die Wahlen zur Innungslasse erledeten mit dem Siege der Verbündeten, so daß jetzt nur noch Mitglieder des Verbundes als Vertreter fungierten. Die Arbeitsnachweis war im ganzen Jahre infolge der immer zunehmenden Zahlungsfürderer eine greife, was durch die hohen Summen, die an die Kollegen an Unterflührung ausgezahlt wurden, bestießen wird. Im Arbeitsnachweis waren 188 Stellen eingetragen; Stellen wurden 131 besetzt. An 49 Stellen wurden 3788 Ausbildungstage vermittelt. 22 Kollegen waren am Schluß des Jahres noch arbeitslos. Der Bericht wurde allgemein bestätiglich aufgenommen, zeigte es doch in allen Punkten ein festes und sicheres Vorwärtsstreben. Bei den daraus folgenden Vorstandswahlen wurden fast alle bestehenden Kollegen wiedergewählt. Der Vorsitzende dankte dem von Halle scheidenden Kollegen F. Jano, Wohl noch einen herzlichen Dank. Kollege Wohl gehört zu den ältesten Mitgliedern, der alle Stürme der Zahlstelle in den ersten sechs Jahren mit durchgemacht hat und immer in unermüdbarem Eifer die oft verloren gegebene Sache wieder auf und vorwärts bringt hat. Die Mitglieder vor Wohl wissen, daß sie in dem Kollegen Wohl einen bis ins Innere überzeugten Gewerbeverein und Anhänger der Arbeiterbewegung verlieren, und hoffen, daß es ihm in seinem neuen Wirkungskreis vergönnt sein möge, in der bisherigen Weise weiterzutun. Zum Kartellbericht wurde ergebend Stellung genommen und beschlossen. Dem Projekt einer Gewerbeaufsichts- und Zentralberatung zuwiderum. Deutlicher wurde ohne Diskussion beschlossen, den bestehenden Volksbeitrag von 5 ₣ pro Woche für immer beizubehalten zu lassen. Nach einigen lokalen Anträgen und einem Hinweis des Vorsitzenden, im neuen Jahre kräftig mitzuwirken, denn vieles harrte noch der Erledigung, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Ratherlautern. Unsere Generalversammlung fand am 18. Januar statt. Der vom Kollegen Amann erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, daß sich unsere Zahlstelle im vergangenen Jahre sehr gut entwidelt hat.

Es wurden 29 Aufnahmen gemacht gegen 16 im Vorjahr. Der Markenumfang stiegte sich von 992 im Jahre 1911 auf 1903. Beider ist im letzten Quartal, teils durch die Abreise einer größeren Anzahl von Mitgliedern, teils infolge anderer unklarer Vereinbarungen, wieder ein kleiner Rückgang im Markenumfang eingetreten. Kollege Amann forderte die Kollegen auf, auch in Zukunft so zu arbeiten wie in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres, dann werde es in Rotherlautern auch weiter vorwärts gehen. Die Vorstandswahl ergab die Wahl folgender Kollegen: Vorsitzender Karl Oberer, Kassierer Hans Lammerbauer, Schriftführer Gauer, Kassierer Hilde und Schmid. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Lammerbauer und Oberer bestimmt. Kollege Lammerbauer hielt zum Schluß noch ein mit starker Beifall aufgenommenes Referat über: "Terrorismus der Baderinnungen."

Karlsruhe. Unsere Generalversammlung fand am 25. Januar statt. An Stelle des erkrankten Kassierers erstattete Kollege Amann den Geschäfts- und Kassenbericht. Aufnahmen wurden im vergangenen Jahre 157 gemacht. An Markt wurden 4288 Stück umgekehrt. Zur Erledigung der Geschäfte der Mitgliedschaft wurden 14 Vorstandssitzungen und 12 Mitgliederversammlungen abgehalten. Deutliche Versammlungen fanden 8 statt. Amann wies noch auf die Aenderung in der Leitung der Zahlstelle am Schluß des vergangenen Geschäftsjahrs hin und forderte die Kollegen auf, noch eifriger als bisher an der Entwicklung der Mitgliedschaft mitzuwirken. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Josef Fischer als Vorsitzender, sechs öffentliche Versammlungen für Bäder statt, die sehr schlecht, und sechs öffentliche Versammlungen für die Fabrikbranche, von denen einige mäßig besucht waren. Rundtondionen wurden fast in keiner Versammlung bemüht. Drei Betriebsversammlungen für die Firma Gerlach waren gut besucht; zu einer für die Firma Gebr. Siemens angesetzten Versammlung war niemand erschienen. Kollege Janio gab den Kassenbericht. Es wurden am 1. Januar 61 Mitglieder von Magdeburg übernommen, am Jahresende waren es 67. Die Einnahme betrug ₣ 1878,60, die Ausgabe ₣ 1252,09. Der Kassenbericht wurde vom Bezirksleiter Mahe geprüft und für richtig befunden. Bei der Neuwahl wurde die Kollegen Niemann als Vorsitzender, Bernold als Kassierer, Schönenmenn als Schriftführer, König und Schorling als Beisitzer, Buselius und Görtner als Revisoren, Niemann und Schönenmenn als Kartelldelegierte gewählt. Am Schluswort kritisierte Kollege Amann noch ein mit starker Beifall aufgenommenes Referat über: "Terrorismus der Baderinnungen."

Würzburg. Am 25. Januar fand im Restaurant "Zur Palme" unsere Generalversammlung statt. Kollege Scheer gab einen Überblick über die seit einem halben Jahrzehnt beübende Zahlstelle. Der erreichte Fortschritt ist ein guter zu nennen. Die Agitation ist hier schwierig und mühsam, denn wir haben es doch ausschließlich mit dem Betriebe der Weltfirma Sudark, die hier über 500 Personen beschäftigt, zu tun. Die Firma berichtet es weiterhin, ihre Arbeiter mit dem Zuspruch "Fabrikaterrichtung" von der Organisation fernzuhalten. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender wurde Kollege Scheer, Kassierer Steinbölker, Schriftführer Stolle und Kartelldelegierter Hoeler. Die Neugründeten versprachen, auch in diesem Jahre das Beste für die Ausweitung unserer Organisation zu tun. Der anwesende Bezirksleiter Gallinger versprach, sie dabei auf das bestmöglichste zu unterstützen.

Magdeburg. Die Generalversammlung fand am 26. Januar statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise gedacht. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Röhr. Er berührte noch einmal eingehend die Bewegung der Bäder und gesuchte mit Ernst der von Seiten eines erheblichen Teiles der Konkurrenten geübten Solidarität in diesem Kampfe gegen die rückständigen Tugenden und Handlungen der Fünffler im Badergewerbe. Ganzfalls wies er auch auf die Stellung der Polizei, Gerichte und Behörden zu dieser Bewegung hin. Doch trotz aller Schwierigkeiten auch hier weiter Freiheit gelegt werden konnte, geht aus dem gebrauch vorliegenden Geschäftsbericht hervor. Ganz besonders lebhaft aber war die Bewegung in den Schönlaufenfabriken, deren Ergebnisse Röhr nochmals vor Augen führte. Eine Versammlungsliebe war sehr rege und die Korrespondenz eine durchaus reichliche. Obwohl auch der Arbeitsnachweis eine bedeutende Entwicklung genommen hat, können hier die eingerissenen Zustände nicht bestreiten. Die Mitgliederzahl ist von 592 auf 1244 gestiegen. Diese erfreuliche Zunahme ist auch aus dem nachfolgenden Kassenbericht, den der Kassierer Wille erläuterte, zu erkennen. Beiträge wurden insgesamt 33 363 umgekehrt, das ist gegen 1911 ein Mehr von 12 336 Marken. Die Gesamteinnahme betrug ₣ 15 483,31, die Gesamtausgabe ₣ 14 863,39, so daß ein Vorstandsvorstand von ₣ 522,92 verbleibt. In Unterstützungen in den verschiedensten Unterstützungsarten wurden an 553 Mitgliedern insgesamt ₣ 6408,05 ausbezahlt. Alles in allem bereitet der Geschäftsbericht wie Kassenbericht eine erfreuliche und befriedigende Entwicklung im Berichtsjahr, was in der darauf folgenden kurzen Diskussion auch allseitig anerkannt wurde. In die Ortsverwaltung wurden gewählt Röhr als Vorsitzender, Wille als Kassierer, Paul Müller zum Schriftführer, zumstellvertretenden Vorsitzenden bezeichnete Schriftführer Krause und Horning, als Beisitzer wurden die vier Bezirksleiter bestimmt. Alle Revisoren wurden ähnlich Leubauer und Scheibe gewählt. Eine sehr lebhafte Debatte entspann sich dann noch über die Einhaltung des abgeschlossenen Tarife, über den Arbeitsnachweis und innere Organisationsangelegenheiten. Mit einer Aufforderung, daß auch in diesem Jahre jedes Mitglied seine Schuldigkeit tun soll, wurde die leidlich gut besuchte Versammlung geschlossen.

Zwönitz. Unsere Generalversammlung fand am 19. Januar statt. Kollege Schatz erstattete den Geschäftsbericht aus dem zu entnehmen war, daß wir wieder einen Vorstand zu verzeichnen haben. Umgekehrt wurden 450 Beiträge gegen 480 im Jahre 1911. Es fanden zehn Versammlungen statt, die Zahlstelle am nächsten Schluß wurde 108 Mitglieder vorhanden. Im Rahmen der Revisoren berichtete Kollege B. Ritsche, daß Kasse und Bucher in tadeloser Ordnung neu vorgerufen worden sind. Der Kassierer wurde einstimmig bestätigt. Das Resultat der Vorstandswahl war folgendes: Vorsitzender Petold, Kassierer Wille, Schriftführer Engeln; erzettelte die Kollegen Eich, Rudolph, Fritz Müller, Otto Müller, Reinel, Rohr, Robke und Krewe. Außerdem wurden zur Leitung der Fabrikbranche drei Kollegen gewählt. Revisoren wurden Ritsche, Büchner und Adig. Der Bericht des Agitationskomitees erzielte Eich. Das Komitee hat sehr erfolgreich für die Organisation gearbeitet. Aus der Gewerbeaufsichtskommission wird vom Kollegen Rintle berichtet, daß diese ihre Arbeiten in acht Sitzungen erledigt hat. Der Arbeitsnachweis hat viel Arbeit verursacht; es wurden 219 neue Stellen und 11 888 Ausbildungstage vergeben. Da sich in letzter Zeit die Bedingungsbündelungen in erschreckender Weise vermehren, wurde der Wunsch laut, eine Bedingungskommission zu bilden. Ein Antrag Strobel, daß für die Ausbildung in der Genossenschaft pro Tag und Nacht ₣ 6 gefordert werden sollen, wird dem Vorstand zur Rücksichtnahme überwiesen.

Zimbach i. S. Am 21. Januar tagte unsere Generalversammlung. Der Vorsitzende Wölzel gab einen allgemeinen Ausblick über das verlassene Geschäftsjahr, aus dem zu ersehen war, daß gut gearbeitet wurde. Der Kassenbericht erzielte Kollege Bach; die Kasse ist gut geführt worden. Die Steigerung der Zahl der Mitglieder brachte einen Rekordzustand von ₣ 163,45. Aufnahmen wurden 10 gemacht. Die Jahreseinnahme betrug ₣ 632, an die Hauptfeste wurden eingezahlt ₣ 531. In Unterstützungen wurden ₣ 126,75 ausgezahlt. ₣ 75,60 wurden für Agitation verwendet. Als Kassenbestand verblieben am Jahresabschluß ₣ 78,45. Dem Vorstand und Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Geschäfte wurden erledigt in neuen Vorstandssitzungen, acht Mitglieder, acht öffentlichen und sieben Betriebsversammlungen, jener fanden auf Agitationssitzungen statt. Bei der Wahl wurde Paul Högl als Vorsitzender (zugleich Kartelldelegierter) gewählt. Hermann Bach legte sein Amt als Kassierer nieder, an dessen Stelle wurde Ernst Ullmann gewählt. Max Schlinger wurde Schriftführer, Bruno Granz und Albert Brunier wurden Revisoren. Bezirksleiter Heil ermachte noch, jeder einzelne solle sein möglichstes tun und den Vorstand im kommenden Jahre in jeder Hinsicht unterstützen.

Nürnberg. Am 25. Januar fand im Restaurant "Zur Palme" unsere Generalversammlung statt. Kollege Scheer gab einen Überblick über die seit einem halben Jahrzehnt beübende Zahlstelle. Der erreichte Fortschritt ist ein guter zu nennen. Die Agitation ist hier schwierig und mühsam, denn wir haben es doch ausschließlich mit dem Betriebe der Weltfirma Sudark, die hier über 500 Personen beschäftigt, zu tun. Die Firma berichtet es weiterhin, ihre Arbeiter mit dem Zuspruch "Fabrikaterrichtung" von der Organisation fernzuhalten. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender wurde Kollege Scheer, Kassierer Steinbölker, Schriftführer Stolle und Kartelldelegierter Hoeler. Die Neugründeten versprachen, auch in diesem Jahre das Beste für die Ausweitung unserer Organisation zu tun. Der anwesende Bezirksleiter Gallinger versprach, sie dabei auf das bestmöglichste zu unterstützen.

Würzburg. Die Generalversammlung fand am 26. Januar statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise gedacht. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Röhr. Er berührte noch einmal eingehend die Bewegung der Bäder und gesuchte mit Ernst der von Seiten eines erheblichen Teiles der Konkurrenten geübten Solidarität in diesem Kampfe gegen die rückständigen Tugenden und Handlungen der Fünffler im Badergewerbe. Ganzfalls wies er auch auf die Stellung der Polizei, Gerichte und Behörden zu dieser Bewegung hin. Doch trotz aller Schwierigkeiten auch hier weiter Freiheit gelegt werden konnte, geht aus dem gebrauch vorliegenden Geschäftsbericht hervor. Ganz besonders lebhaft aber war die Bewegung in den Schönlaufenfabriken, deren Ergebnisse Röhr nochmals vor Augen führte. Eine Versammlungsliebe war sehr rege und die Korrespondenz eine durchaus reichliche. Obwohl auch der Arbeitsnachweis eine bedeutende Entwicklung genommen hat, können hier die eingerissenen Zustände nicht bestreiten. Die Mitgliederzahl ist von 592 auf 1244 gestiegen. Diese erfreuliche Zunahme ist auch aus dem nachfolgenden Kassenbericht, den der Kassierer Wille erläuterte, zu erkennen. Beiträge wurden insgesamt 33 363 umgekehrt, das ist gegen 1911 ein Mehr von 12 336 Marken. Die Gesamteinnahme betrug ₣ 15 483,31, die Gesamtausgabe ₣ 14 863,39, so daß ein Vorstandsvorstand von ₣ 522,92 verbleibt. In Unterstützungen in den verschiedensten Unterstützungsarten wurden an 553 Mitgliedern insgesamt ₣ 6408,05 ausbezahlt. Alles in allem bereitet der Geschäftsbericht wie Kassenbericht eine erfreuliche und befriedigende Entwicklung im Berichtsjahr, was in der darauf folgenden kurzen Diskussion auch allseitig anerkannt wurde. In die Ortsverwaltung wurden gewählt Röhr als Vorsitzender, Wille als Kassierer, Paul Müller zum Schriftführer, zumstellvertretenden Vorsitzenden bezeichnete Schriftführer Krause und Horning, als Beisitzer wurden die vier Bezirksleiter bestimmt. Alle Revisoren wurden ähnlich Leubauer und Scheibe gewählt. Eine sehr lebhafte Debatte entspann sich dann noch über die Einhaltung des abgeschlossenen Tarife, über den Arbeitsnachweis und innere Organisationsangelegenheiten. Mit einer Aufforderung, daß auch in diesem Jahre jedes Mitglied seine Schuldigkeit tun soll, wurde die leidlich gut besuchte Versammlung geschlossen.

Wittenberg. Unsere Generalversammlung fand am 19. Januar statt. Kollege Schatz erstattete den Geschäftsbericht aus dem zu entnehmen war, daß wir wieder einen Vorstand zu verzeichnen haben. Umgekehrt wurden 450 Beiträge gegen 480 im Jahre 1911. Es fanden zehn Versammlungen statt, die Zahlstelle am nächsten Schluß wurde 108 Mitglieder vorhanden. Der Kassenbericht lag statisch vor und zeigte dasselbe erfreuliche Bild. Die Gesamteinnahmen betragen ₣ 11 138,88 (A 3198,40 im Vorjahr). Die Gesamtausgaben ₣ 10 974,74 (A 3079,87), somit Kassenbestand ₣ 304,14. Das Ergebnis der Vorstandswahl war ziemlich dasselbe wie im Vorjahr. Ganzfalls wurden folgende Kollegen: Schatz, Vorsitzender; Schad, Kassierer; Bumiller, Schriftführer; Hermann Strobel, Rietz und Schwarz, Beisitzer; Kürschel, Thürig und Reuter, Revisoren. Kartelldelegierte sind die Kollegen Herrmann und Rietz.

Ramstein. Unsere Generalversammlung fand am 19. Januar statt. Kollege Schatz erzielte den Geschäftsbericht aus dem zu entnehmen war, daß wir wieder einen Vorstand zu verzeichnen haben. Umgekehrt wurden 450 Beiträge gegen 480 im Jahre 1911. Es fanden zehn Versammlungen statt, die Zahlstelle am nächsten Schluß wurde 108 Mitglieder vorhanden. Der Kassenbericht lag statisch vor und zeigte dasselbe erfreuliche Bild. Die Gesamteinnahmen betragen ₣ 11 138,88 (A 3198,40 im Vorjahr). Die Gesamtausgaben ₣ 10 974,74 (A 3079,87), somit Kassenbestand ₣ 304,14. Das Ergebnis der Vorstandswahl war ziemlich dasselbe wie im Vorjahr. Ganzfalls wurden folgende Kollegen: Schatz, Vorsitzender; Schad, Kassierer; Bumiller, Schriftführer; Hermann Strobel, Rietz und Schwarz, Beisitzer; Kürschel, Thürig und Reuter, Revisoren. Kartelldelegierte sind die Kollegen Herrmann und Rietz.

Ramstein. Unsere Generalversammlung, welche am 19. Januar stattfand, war außerordentlich stark besucht. Aus dem von Amann erzielten Geschäftsbericht war zu erkennen, daß im Geschäftsjahr 1911 Neuerwerbungen gemacht und insgesamt 14 127 Beiträge umgekehrt wurden. Die Gesamteinnahmen betragen ₣ 1644,37, die Gesamtausgaben ₣ 1524,92, so daß ein Kassenbestand von ₣ 109,45 verblieb. In Unterstützungen wurden ₣ 1556 Tage Ausbildungarbeit zugewiesen werden. Sitzversammlungen und Sitzungen wurden 158 abgehalten. Der Bezirksleiter mußte in 18 Tagen 12 Kollegen für den Gewerbebericht in Ramstein und Ludwigshafen verantworten. Dabei wurden für die betreffenden Kollegen ₣ 186,50 verbraucht. Eine Diskussion zum Geschäftsbericht wurde nicht beliebt, und einstimmig dem Kassierer Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Zeilein erster, Becker zweiter Vorsitzender, G. auf erster, Karl Ecker zweiter Schriftführer, Röser, Meyer, Franz und Gewinner als Revisoren und Herrn. Weiß und R. Stephan als Beisitzer.

Wittenberg i. Elff. Am 26. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Den Geschäftsbereicht gab der Vorsitzende Kollege Weller. Im ganzen wurden 10 Mitgliederversammlungen und 6 öffentliche Versammlungen abgehalten. Aufnahmen wurden 85 gemacht. Den Rattenbericht erläuterte der Kassierer Klein. Die Einnahmen betrugen A 1841,85, die Ausgaben A 1887,06. Rattenbericht 1. Januar 1912 A 154,79. Es wurden für A 1671,05 Marken umgesetzt. Der Ueberschuss des Weinfestfeier betrug A 30,50 und wurde beschlossen, 20 pgt. für den Rollstuhlfonds abzugeben. Auf Antrag des Kollegen Lenzes wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Die Vorstandswahlen ergaben folgendes Resultat: Erster Vorsitzender Neurort, zweiter Vorsitzender Weller, erster Kassierer Klein, zweiter Kassierer Schlienger, erster Schriftführer Oberle, zweiter Schriftführer Weber, Beisitzer Brüggen, Gomber und Rummel. Revisor wurden die Kollegen Rauchert und Ritt, Kartelldelegierte Klein und Rummel. Einem Antrage des Kollegen Lenzes wurde die größte Anteilmannschaft gewährt. Zum Schluß erklärte der neu gewählte Vorsitzende, daß nicht bloß mit der Hoffnung zu beginnen, einen richtigen Vorstand gewählt zu haben, sondern man sollte darüber auch mit allen Mitteln untersuchen, denn dies durch rüchtiges Zusammenarbeiten sei es möglich, den Vorstand den Fortschritt zu erhalten. Das Verfehlteil der Bäderwirtschaft "Für Gessung" wurde beschlossen.

Regensburg. Am 14. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Es gab einen sehr eingehenden Vorstand- und Gremienbericht den Rattenbericht. Die Kollegie hat wieder einen Fortschritt zu verzeichnen insbesondere die Funktionen in den Sektionen eine sehr große. Die gelebten Hoffnungen sind aber nicht erfüllt worden. Kollege Gauß gab den Rattenbericht; er hat alles in bester Ordnung gefunden jedoch habe der Untersucheter den Rattenbericht keine Beurtheilung innerer noch nicht eingehend. Darauf gab Gauß und einen sehr eingehenden Bericht über das vergangene Geschäftsjahr. Aus der Ratswahl gingen hervor: als Vorsitzende Andreas Götz und Sekretär Paul, als Kassierer Gumpendorfer, als Schriftführer Josef Schäfer und Josef Schiller, als Revisoren Paul Gremm und Ludwig Ritter. Die Ratslichkeit wird im Rund durch die Kollegen Gumpendorfer, Ritter und Schäfer bestreitet. In der Tarifversammlung war eine Tarifverhandlung entstanden; es wurden die Kollegen Paul und Götz gewählt. Zu Tarifversammlungen bestimmt die Sektionierung die Kollegen Georg Schmid und Lorenz Schäfer. Zu Rund 4 der Tagordnung folgenden Kollege Gumpendorfer den Antrag, den 3-Jahreszeitraum der Klassen IV, V und VI beizubehalten. Nach Ringers' vorbereiteter Rede wurde in geheimer Sitzung dann mit Zweckbestimmtheit der Antrag eingeschlossen. Kollege Gumpendorfer geht noch kurz die geplanten Versammlungen und erläuterte die Kollegen, dass im kommenden Jahre eine Röntgen- und Röntgenaufnahme für die Sektionen Schmid und Burglengenfeld statt und am 21. Januar für die Sektion Werden. Die bisherigen Ratsmitglieder wurden wiedergewählt. Der Preis für die beiden ersten Sitz der Beiratssitzung für das kommt. Es liegt es zu nächstetem Abzug. Am 12. Januar war die Generalversammlung der Sektion Regensburg. Die einen überein stimmten Beratung einstimmig, ein anderer schied, bezog die Kollegen einzuladen, um ihre Meinungen vornehmen werden. Nach der Sitzung in Tölz waren am allen Ratsmitgliedern bestimmt. Weiterhin wurden die bestehenden Ratsmitglieder wiedergewählt. Es ist nun zu erwarten, dass der ausgewählte Räumen auch in diesem Jahre keine Schäden bringt. Es liegt an den Kollegien, dass gegebene Verpflichtungen in die Tat umgesetzt. Den Kollegen zu Salz — den Gegnern zum Kampf!

Koblenz. Am 15. Januar fand hier die etwas aufgelaufte Generalversammlung statt. Der Bericht des Kassierers kann als aufschreibend bezeichnet werden, ebenso der Jahresbericht des Gremienberichts, der ebenfalls in die große Zahl der Funktionen, wie beiden bestehenden Ratsräten angelegt die zu Röntgen. Nach den Rechtführern gab Kollege Gauß einen geschäftlichen und politischen Rückblick und Rücksicht, der mit geringem Erfolg ergebnislos wurde. Bei der Ratswahl wurde der Vorstand von einer großen Mehrheit bestimmt, darunter alle Ratsräte wiedergewählt. Unter Berücksichtigung derselben wurde auch die "Bäderwirtschaft" und der Sonderkassen behandelt. Zum Schluß rückte der Vorsitzende dieses Spezial zur nächsten Sitzung in einem Jahr an die Kollegen, damit nach großen Erfolgen erneut werden als Ritter.

Würzburg-Badische Räte. Am 26. Januar fand die vorliegende Generalversammlung in Würzburg statt. Der Geschäftsbereich der Kollegen Wettner konnte, doch es war nicht möglich, dass die Sitzungseröffnung im Rundhaus der Räte stattfinden soll für uns gemeinsam mit der Stadt und Regierung bestätigt. Danach wird einer Ratsrat bestimmt bestimmt werden, doch das jetzt auch bei jedem Ratsrat zu Würzburg bestimmt wird. Das Jahr endetlichen Berichterstattung und Ritter Wettner. Die Ratswahl hat Wettner gegen Wettner, Wettner, Wettner und Wettner, Wettner, Wettner und Wettner, Wettner und Wettner, Wettner und Wettner. Diese Sitzung wurde entschieden, dass jeder Kollege auch im neuen Jahr seinen Platz habe, um Wettner und Wettner zum Erste erneut gewählt.

Göttingen. In der Generalversammlung am 12. Januar gab Ludwig Ritter den Jahresbericht. Dieser ist zu erwarten, dass im alten Jahr wieder gut gearbeitet wurde. Es wurden 24 Versammlungen abgehalten. Ritter gab den Rattenbericht. Ergebnisse waren 21 Mitglieder. Das ist ein ganzes Ereignis in einer so kleinen Ratsversammlung. Es ist hier zu erwarten, dass es auch in anderen Sektionen weiter besteht. Es werden einige Kollegen gewählt, unter ihnen Wettner

Rödl, erster Kassierer Rappel, erster Schriftführer Zuligner, als Revisorin Weier und Steinbart und als Kartelldelegierte Rummel. Wir hoffen, dass der neue Vorstand wieder gut zusammenarbeitet, besonders, dass wir in Rüssingen dieses Jahr alles aufstellen, damit wir neuerdings einen erfolgreichen Tarif abschließen können.

Cossebaud. Am 26. Januar fand im "Fechts-Hotel" unsere Generalversammlung statt. Die Kollegen hatten sich zahlreich eingefunden. Folgende Orte waren vertreten: Sonnenhof, Judenbach, Mengersgereuth, Leuscha, Steinach, Höppelsdorf, Reußdorf b. Cob., Reuthaus a. Ring. und Sontheim a. Bay. Bezirksleiter R. Friedrich-Erfurt gab zunächst einige Erklärungen über die Röntgentour nach Chemnitz und eine geplante Genossenschaftsabberufung in Altenburg. Als Delegierte hierzu wurden gewählt: Kuno Gremer-Louisa und Gg. Braunschmidt-Sonneberg. Eventuelle Anträge sollen in der nächsten Versammlung gestellt werden. Es folgte nun der Jahresbericht, den Kollege Greimann mit erläuterte. Danach und wie wieder ein guter Stand vorwärts gebracht. Aufnahmen wurden 13 gewählt. Es fanden sechs Mitglieder- und eine öffentliche Versammlung statt. Den Rattenbericht erläuterte Kollege Siebermann. Es betraf die Einnahme A 957,56, die Ausgabe A 990,13. Anschließend gab Kollege Friedrich den Bezirksbericht. Er gab bekannt, dass seit Konstituierung des Bezirks Erfurt sich der Mitgliederstand verdoppelt. Friedrich richtete einen Appell an alle Kollegen, weiter und noch mehr als bisher den Vorstand in seiner Wertheitigkeit zu unterstützen, damit wie im nächsten Jahre noch größere Erfolge zu verzeichnen hätten. Die Vorstandswahl erledigte sich platt. Einigung wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt, als Bezirksleiter für Louisa wurde Kollege Kuno Gremer und als Senior Max Müller-Sonneberg gewählt. Die Kartelldelegation wurde dem Vorstand übertragen. Das Verfehlteil der Bäderwirtschaft "Für Gessung" wurde beschlossen.

Stadtbergen. In der Generalversammlung am 26. Januar gab Kollege Müller in kurzen Worten den Jahresbericht; er beharrte, dass trotz der Röte, die wir uns geben, kein Fortschritt in unserem Bezirk zu verzeichnen war. Müller gab auch den Rattenbericht. Die Rasse wurde von dem Kollegen Gauß bestimmt und für richtig befunden; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Bei der Ratswahl wurde P. Müller als Vorsitzender und G. Ritter und Gauß als Schriftführer gewählt. Gemeinsame Kartelldelegierten und Schriftführer Vertreter des Bezirks. Gauß wurde bestimmt.

Stralsund. Am 10. Januar fand in der "Laterna" unsere Generalversammlung statt. Kollege Dräger gab einen Rückblick über das vergangene Jahr. Den Jahresbericht erläuterte Kollege Gauß. Es wurden im vergangenen Jahr insgesamt 113 Aufnahmen gemacht und über 3000 Beitragsmarken mehr verkauft als im Vorjahr. Eröffnung wurde bekräftigt, die Sektionseinzelzung mehrere aufzunehmen, da sich dieselbe bisher nicht befreit habe. In den Rundschau wurden gemacht: als erster Vorsitzender Kollege Ertl, als zweiter Kollege Koch, als erster Kassierer Gauß, als zweiter Schriftführer Dräger, als zweiter Göp, und als Revisorin Ritter und Röder. Die Kartelldelegation wurde zum Rundschau gemacht.

Greifswald. Die Räte in der Generalversammlung setzten folgenden Zugestand: erster Vorsitzender: Alois Sturm, zweiter Vorsitzender: Georg Pier, Kassierer: P. Strelitz; Schriftführer: Jürgenreiter und C. Bielmeier; Schriftführer: Max Bräuer; Revisorin: A. Lüttkevener und P. Ertl; Kartelldelegierte: J. Seiler und P. Jentsch.

Frankfurt. Unsere Generalversammlung fand am 15. Januar statt. Es war gut besucht; mit einigen anscheinenden Kollegen, welche es das ganze Jahr nicht der Röte wagen, eine Sitzung zu besuchen, reichten. Nach der Bekanntgabe des Jahres- und Rattenberichts und Generalberichterstatter einen sehr interessanten geschäftlichen und politischen Rückblick. Kollege Ritter gab seinen aussichtsreichen Generalbericht: bekannt. Bei der Ratswahl wurden wieder gewählt: Lorenz Ritter, Vorsitzender; R. Sturm, Sekretär; Paul Ritter, Schriftführer; Alois Sturm, zweiter Sekretär, G. Löher und die Revisoren Hans Schack. Kartelldelegiert wurde G. Löher. Bei der Diskussion über "Berichterstattung" gab es eine sehr lebhafte Debatte. Erklärlich zu vernehmen ist, dass wie jetzt bestimmt alle Kollegen in der Stadt Frankfurt am Main verhandeln, und wie der zitierten Regelung unseres Vorstandes und einiger Kollegen zu bestimmen haben. Auf Antrag der Kollegen Rittermann wurde beschlossen, die Monatsberichterstattungen wieder abzuschaffen. Da wie die meisten Räte der Stadt gemeinsam haben. Mit dem Wunsche, in einem Jahre fest zu zusammenkommen, damit wir auch in Zusammenkünften unserer Räte zusammen treten, wurde die Generalversammlung geschlossen. Beschluss wurde noch ein Tarifbericht, bezüglich Röntgenberichterstattung hat und sehr gut besprochen.

Bäder.

Wittenberg. Eine öffentliche Bädergesellenversammlung, die am 20. Januar hier stattfand, beschäftigte sich mit den Kolleg- und Arbeitserträgen in den Bädereien und mit den sogenannten Tarifberichten, den die Königsberger Bäderleitung gleich den Bädergesellen aufgestellt zu haben. Erklärung eines auf Grund der Sitzung nach, dass hier in dieser Umgebung Deutschlands die Bäder in Gemeinde so tief demütigend wie nie. Der Generalberichterstattung bei den einzelnen Räten in ihrem Bericht genügend Berücksichtigung und Würde verheißt. Die Räte der Bäder haben diese Spur der Mangelhaftigkeit im neuen Jahr an die Kollegen, damit nach großen Erfolgen erneut werden als Ritter.

"Zeitung" freut sich kindisch darüber, dass es beim gelben Bädergesellen gelungen sei, auf Friedlichem Wege "neuestliche Verbesserungen" für die Beteiligten zu erzielen. Einige Punkte des Vertrages, der geradezu ein Monstrum ist, wollen wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten, damit unsere Kollegen erfahren, wie dieser "Tarif" aussieht. Lohnsätze und Leistungen: 1. der Minimallohn beträgt pro Woche für sieben Tage Arbeitszeit A 8. In Bädereien, wo ein Meister mit einem Gesellen arbeitet, ist auch nur A 8 zu zahlen. 2. Der Meister ist befugt für jeden Gesellen A 10 als Ration einzubehalten. 3. Nachtsarbeit wird pro Schicht von acht Stunden mit A 2 belohnt. Wenn der Geselle aber noch vier Stunden länger arbeitet, erhält er A 3,50. Ist der Geselle aus dem Hause, so bekommt er als Entschädigung pro achtstündige Schicht 75 A; wo er ist und Logi außer dem Hause gewohnt werden, beträgt der Lohn auf jährlich A 10,50 pro Woche. Die Woche zu sieben Tagen gerechnet. § 2. Holz darf der Geselle von der Straße nicht tragen; aber auf dem Hofe muss er es machen. § 3. Die Abschaffung der Arbeit in der Stadt vom ersten zum zweiten Neuerlass soll möglichst durchgeführt werden; diejenigen Meister, die früher müssen, können die Gesellen beauftragen. Zeitabrechnung: Gesellen, die im Juni, Juli, August und September des Jahres acht Wochen durch das Sprechamt vermittelte Arbeit in den Bädereien nicht nachweisen können, werden im Winterhalbjahr nach Meldung im Sprechamt acht Wochen zurückfordert. Sämtliche Gesellen müssen dem Sprechmeister die Sprechgebühr bezahlen, ganz gleich ob sie durch den Sprechmeister oder von anderer Seite Arbeit bekommen haben. Noch viel mehr von solchem Blödsinn haben die Gelben aufzutragen; aber das Angerufen zeigt schon genug, wie ein gelber Tarif aussieht. Im September 1912 haben die Gelben und die Bädermeister in Königsberg beschlossen, die zweitundzwanzigstündige Sonntagsruhe einzuführen, aber nicht mit einem Vorstoß ist in dem Vertrag davon die Rede. Es hat also alles Schwindel, um die Hoffenden und die Dummen an der Rose herumzuführen. Dieser Tarif tritt mit dem 20. Januar 1913 in Kraft und läuft bis 1918, und die Gelben müssen bis 1916 auf die Sonntagsruhe verzichten. Die Versammlung nahm nach den eingehenden Darlegungen Stroh und einer kritischen Diskussion einstimmig nachstehende Resolution an, der auch die anwesenden Gelben zustimmen: "Die heute am Mittwoch, 20. Januar 1913, folgende öffentliche Versammlung der Bädergesellen von Königsberg und Umgebung nimmt von dem sogenannten Tarifvertrag, den die Bäderleitung glaubt, den Bädergesellen aufzutreiben zu können, Kenntnis. Die Versammlungen erklären ausdrücklich, dass nach der ganzen Durchführung des Vertrags hinter dem Rücken der Gesellenchaft zustande gekommen ist und lediglich ein Werk der Bäderleitung und des gelben Tarifvereins ist. Einmütig müssen die Bädergesellen feststellen, dass nach dem Vorablauf der Satzung des vorliegenden Vertrages die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ganz wesentlich für die Berufsangehörigen verschlechtert worden sind. Zugunsten der Meister sind die Rechte der Gesellen bedeutend verklungen worden. Die Versammlungen lehnen daher aus den Gründen den Tarifvertrag ab und sprechen gleichzeitig die Legitimation dem Führer der Gelben ab, dass er als Beauftragter der gesamten Gesellschaft die Befugnisse hatte, irgendeinen Vertrag abzuschließen. Desgegen beantragten die Königsberger Bädergesellen den Vorstand der Versammlung, Schritte zu unternehmen, damit auch hier am Ende ein den Bädergesellen würdiger Tarifvertrag mit der Bäderleitung abgeschlossen wird. Gleichzeitig geloben die Versammlungen, nach Schritten die Bewegung zu unterstützen und zu fördern, indem sie sich als Mitglieder dem Zentralverbände anschließen."

Silber. Am 23. Januar fand hier die Erstwahl zum Geisselenausschuss statt. Trotzdem wir es in leichter Stunde hierzu Kenntnis erhielten, war es und doch möglich, unsere Kollegen noch rechtzeitig zu einer Vorberatung zu laden und wurden unsere beiden ausscheidenden Mitglieder wieder gewählt. Leider war die Beteiligung diesmal eine recht mäßige, sowohl von unseren Mitgliedern als auch seitens der Brüderlichkeit, und es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, dass alle Kollegen, wo es gilt, die Interessen der Gesamtberufsschaft schaft zu betreuen, auf dem Vorstoß sein müssen. Solange unsere Juniorsmeister noch nicht den Verband als den rechtmäßigen Vertreter der Kollegen erkennen, müssen wir dafür Sorge tragen, dass in den Geisselenausschuss krafttätige Kollegen hinzutreten, denn wenn auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen hier tatsächlich getestet sind, so ist dies kein Grund, jetzt die Hände in den Schoß zu legen, sondern es gilt darüber zu machen, dass der Tarif eingehalten und bei seinem Ablauf ein neuer und besserer abgeschlossen wird. Wenn jedes Kollege in diesem Sinne wirkt und sowohl in der Organisation als im Geisselenausschuss auf dem Vorstoß ist, dann wird es auch ein leichtes sein, dies zu erreichen.

Regensburg. (Wie die Bädermeister Tarifbericht einrichten.) Am 28. Januar fand in Regensburg Tarifkommissionssitzung statt. Den Vorstand führte Kollege Gumbendorfer. Ein Fall stand zur Lageberichtung, der in seinen Grundzügen noch auf den Ort von 1911 hinzuverstreicht. Gumbendorfer betonte, dass der zur Lageberichtung stehende Fall für die Zeit vom 1. Mai 1911 an gilt. Die Sitzung der Tarifkommission gehörte dem andern, was zu dieser Angelegenheit noch gehört, aber verjährte sei. In der Diskussion sagten Bädermeister H. W. — ein Tarifberichterstatter will auch noch hochrufen — und Bädermeister Dr. Strelitz, dass für eine Universitätsstadt und eine Gemeinde, wenn ein Bädermeister offiziell seiner Berufsorganisation gehört, selbst aber hierzu keinen Beintrag beitragen. Die Sitzung hat auch noch andere schwere Dinge zugetragen, die zu gegebener Zeit zu verantworten sein werden. Wie können nur allen Kollegen, die zwei Rechtsrechte entten, aber keinen Samen aufzutauen wollen, die Worte dieser Bädermeister entgegenhalten. Das gilt nicht nur für die Regensburger Kollegen, sondern überall wo sich Gemeinde zu finden sind. Auch die Dame Justitia darf sich auf Holz nehmen, was ein Bädermeister offen über die Berater der Berufsschaft geholt hat. In der Sitzung wurde nun längst und klar, dass die Geisselenausschuss keine Befreiung und keine Hilfe, wie die Geisselenausschuss keine Befreiung und keine Hilfe,

eine Strafenstrafe ergeben. Ein Bäckermeister meint, wenn Gehilfen glauben, dass sie sich da einschmeicheln können, wenn sie nicht im Verbande sind, da sind sie auf dem Holzweg. So offen haben wir die Herzen noch nicht gehabt; ob sie aber Herrn Lehner dabei aus dem Herzen gesprochen haben? Ist dieser doch selbst einer von denen, die gegen den Tarif umgehen, wo es nur geht, und der Unorganisierte beschäftigt, das heißt, wenn er einen hinteren Gefallen einstellt, sich nicht um die Vorschriften des Arbeitsmarktes kümmert und die zuletzt Begründeten zuerst nimmt; unbeherrschbar, ob die andern schon monatelang auf der Straße liegen oder nicht. Nur das eine gute hat er: er ist seinen Schüllingen ein wirklich guter Fürsorger und schaut solchen stark durch die Finger, auch wenn es sein finanzieller Schaden ist! Nur gegen solche geht er stramm vor, die für ehrliche Arbeit auch richtigen Lohn verlangen. Wir fragen, wie lange noch? — Kollegen, merkt Euch die Beurteilung der Streikbrecher und solcher, die sich mit Schweißwettern durch die Welt schlagen wollen und lebt dabei!

Tilsit. Am 22. Januar fand hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Kollege A. Grigo sprach über: „Die Forderung des Zentralverbandes auf Einführung des sechzehnstuendigen Ruhetages und der Schwundel der Gelben und ihrer Protektoren betreffend das zweizeitige Brotverbot.“ Die Kollegen folgten mit stützendem Interesse den Ausführungen des Referenten, nachdem dieser bei dieser Gelegenheit gleichzeitig auch die Königshäger Mögelkramen bezüglich ihres Tarifs gezeigt hat, der berechtigten Artifiz unterzog. Allmählich gehen auch die Tilsiter Kollegen ein, dass sie von den gelben Brüdern beschwindelt und verraten werden, und die Bäckerinnung und ihr Führer, der Obermeister Behrens, werden mit der Zeit nur wenig Glück mit den Gelben haben. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse spottet hier jeder Beschreibung, und hauptsächlich jetzt im Winter haben die Kollegen unter dem Druck der Innung erheblich zu leiden. In der Versammlung wurde das Verhalten eines Gelben namens Ernst Gronau, der bei dem Bäckermeister Neumann arbeitet, stark kritisiert. Dieser Bundesbruder, der hier sogar eine Führerrolle im Streikbrecherverein einnimmt, mißhandelt und maßtraktierte die Lehrlinge unerbittlich. Wegen jeder Kleinigkeit schlug er die jungen Menschen blutig, so dass der Meister einschreiten musste. Der gelbe Brüder wurde aber trotzdem nicht entlassen, sondern er wollte als Erzieher weiter seines Amtes. Unsere Mitglieder in Tilsit müssen darüber wachten, dass die Arbeit dieser gelben Handwerksträger aufhort; wir müssen den armen, wehrlosen Lehrlingen Schutz vor Mißhandlungen gewähren. Über die Lehrlinge müssen auch die Mißhandlungen und unberechtigten Lebgerüsse der Organisation am Orte melden, damit wir einschreiten und cohen. Baronen das Handwerk legen können. Zweckmäßig ist es, dass die Eltern in allen Fällen Strafantrag stellen, damit nichtwürdige Elemente zur Rechenschaft gezogen werden. Die Innung in Tilsit kann noch so manche Freude an ihren Jöglingen erleben. Es war ja vorauszusehen, dass der gelbe Humba hier bald an Boden verliert. Die Versammlung hat dies bestätigt. Es wird nun möglich sein, die verheirateten Kollegen aufzuführen und dem Zentralverband zuzuführen. Eue daher ein jeder Kollege seine Pflicht für den Aufbau der Organisation. Eine Anzahl Kollegen haben schon in dieser Versammlung die Mitgliedschaft erworben.

Polizei und Gerichte.

Nachklänge zur Fürther Lohnbewegung. Als im vergangenen Frühjahr die Fürther Bäckergehilfen in die Lohnbewegung eintraten, war einer der größten Scherzmeister Bäckermeister Weißer, der die verlangten minimalen Verbesserungen den Gehilfen nicht gönnte. Bei verschiedenen Gelegenheiten hatte sich dieser Meister vom Bäckertag ziemlich groß aufgeführt. So wollte er unter anderem eine Kommission, welche zwecks Rückfrage des Tarifes vorstellig wurde, hinauswerfen. Die Bezirksleitung hatte sich nun mit dem Verhalten dieses Meisters in der Presse beschäftigt und machte unter anderm auch über dessen geistige Tätigkeit einige Ausführungen. Es war gesagt worden, der Meister habe den Gehilfen den Auftrag gegeben, vor dem Kunden eines Kunden, der tatsächlich mit Schwarzblechen belegt war, Schwarzblechen wegzunehmen und damit auch des Meisters zu belegen. Da dadurch Zeiger indirekt des Diebstahls bezichtigt worden war, fühlte er sich in seiner Ehre gekränkt und in der Öffentlichkeit herabgewürdigt. Er lief deshalb aufs Gericht, um seine Ehre wieder zu reparieren. Am 30. Januar wurde der verantwortliche Redakteur der Tagespost, Genosse Schneider, zur Rechenschaft gezogen. Die Zeugen befanden jedoch, dass sämtliche angegebenen Punkte der Behauptung entsprachen und nach kurzer Urteilsberatung kam das Gericht mit folgendem Resultat zurück: Der Privatkläger Redakteur Schneider wird von der Anklage zweier Vergehen der Bekleidung, begangen durch die Presse, freigesprochen. Der Privatkläger hat sämtliche Kosten zu bezahlen. Die Urteilsbegründung sprach aus, die Form des fraglichen Artikels trug nichts Bekleidendes an, es lebte kein Mensch, der das Gericht der Meinung, dass dem Angeklagten der § 193 zur Seite stehe. Es musste also Freisprechung des Angeklagten aus rechtlichen und sachlichen Gründen erfolgen. Geistreich war das Gesicht des abziehenden Meisters vom Bäckertag gerade nicht, als er die Stätte, an der er die Ehrenreparatur erwartet hatte, verließ. Siegleicht kommen ihm die Worte noch in den Sinn: „Blinder Eifer schadet nur!“

Internationales.

Lohnbewegung der Bäcker und Konditoren in London. Die Londoner Bäcker und Konditoren sind in eine Bewegung zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eingetreten. Da sich die Unternehmer ablehnend verhielten, so kam es zur Arbeitsaufstellung. Die Forderungen betreffen unter anderm die Einführung der vierundfünfzigstündigen Arbeitswoche, wobei täglich eine Stunde für längere Pausen in die Arbeitszeit einzurechnen wäre; Zahlung eines

wöchentlichen Mindestlohnes von 30 Shilling (ebensoviel Mark) für Arbeiter in gewöhnlichen Bäckereien und von 32 Shilling für Arbeiter in fabrikmäßigen Betrieben; doppelte Bezahlung der Sonntagsarbeit und Bezahlung eines Zuschlages von 50 pZt. für Überzeitarbeit an Werktagen. Die Bewegung wird geleitet von der Amalgamated Union of Operative Bakers and Confectioners, dem englischen Zentralverband der Bäcker und Konditoren. Die Lohnforderungen sind sehr bescheiden, da es namentlich für einen Arbeiter mit Familie schon ganz unmöglich ist, mit einem Wochenlohn von weniger als 30 Shilling auszukommen. Nach der Berechnung des Arbeitsamts des Gewerbeinisteriums stieg im Jahre 1912 der nach dem Bedarf einer Londoner Arbeiterfamilie abgeschätzte Gesamtpreis der 23 wichtigsten Nahrungsmittel um 5,6 pZt.; im Vergleich mit 1900 waren diese Nahrungsmittel 1912 um 15 pZt. teurer. Die im letzten Jahr stattgefunden Preissteigerung betrug bei Kartoffeln 0,9 pZt., Schweinefleisch 1,5 pZt., Hammelfleisch 3,9 pZt., Butter 4,7 pZt., Mehl 5,5 pZt., Rindfleisch 7,5 pZt., Brot 9,1 pZt., Reis 11,2 pZt. usw. Im gleichen Jahre waren 1712242 Arbeiter aller Wirtschaftszweige (ausgenommen Eisenbahner und Seefahrer) an kollektiven Lohn erhöhungen beteiligt. Das Ausmaß der Lohn erhöhungen bezifferte sich auf insgesamt £ 2 682 340 in der Woche oder auf £ 1,54 pro Person und Woche.

Die Zahl der an Lohn erhöhungen im Jahre 1912 beteiligten Bäcker und Konditoren betrug etwa 4000. Im Dezember wurde in Birmingham der Lohn für 1200 Bäcker erhöht, und zwar für 21jährige bis 28jährige Nachtarbeiter von £ 26 auf £ 30 und für alle andern Arbeiter um je £ 2. In Liverpool wurden die Mindestlöhne von 800 Bäckern auf £ 32 bis £ 38 in der Woche erhöht; gleichzeitig wurde die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden in Handbäckereien auf 57 und in Fabriken auf 54 reduziert. An einer Bewegung der Biskuitarbeiter in Limehouse (London) waren 200 Arbeiter beteiligt. Die übrigen Bewegungen waren weniger bedeutend. F.

Miserable Arbeitsbedingungen in der amerikanischen Konfitürenindustrie.

Der „Boston Leader“ wendet sich an die Konsumenten der amerikanischen Konfitüren (candies) mit folgenden drastischen Ausführungen:

„Ein Wort an euch, die ihr Candy esset. Wisst ihr, wieviel Leiden, Bedürftigkeit und menschliches Elend zu seiner Anfertigung erforderlich ist? Wisst ihr, dass der delikate Leckerbissen, den ihr so hochschätzt, hervorgebracht wird durch das Opfer von Gehirn, Muskel, ja überhaupt vom ganzen Leben armer Frauen? Wisst ihr, dass die Candyarbeiterinnen zu den niedrigstbezahlten von allen Arbeiterinnen in Massachusetts gehören, dass 70 pZt. der Beschäftigten in der Industrie Frauen sind und mehr als die Hälfte von diesen noch nicht einmal 18 Jahre alt ist? Wisst ihr, dass der Durchschnittswochenlohn dieser Frauen nur 5,40 Dollar beträgt? Es ist sicher, dass ihr es nicht wisst, und dass das Candy, das ihr gegessen habt, auch nicht so gut geschmeckt haben würde, wenn ihr es gewusst hättest.“

Das Blatt macht dann Angaben über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die in dieser Industrie herrschen. Es stützt sich dabei auf die Erhebungen einer Kommission, die zum Zwecke der Erforschung der Minimallöhne im Staate Massachusetts eingesetzt wurde. Danach betragen die Produktionskosten für die geringste Sorte Candy, die ein Gros für 8 Cents das Pfund verkauft wird, nur 1 Cent für ein Pfund; sie steigen bis zu 5 Cents für das Pfund bei den feinsten Schokoladensorten, die für 50 Cents verkauft werden. Die Hauptkosten verursacht demnach nicht die Arbeit, sondern das Material. Im Staate Massachusetts befinden sich die Candyfabriken hauptsächlich in Boston und Cambridge. Dort werden in 14 Betrieben je 50 bis 1000 Personen beschäftigt. Weiter befinden sich noch 81 kleinere Fabriken in verschiedenen andern Orten des Staates. In Boston werden hauptsächlich feine Candies mit Schokoladenguss fabriziert und gleich für den Kleinverkauf verpackt. Von dort geht die Ware bis weit nach Westen.

Es ist sehr schwer, die Arbeiterschaft zu organisieren. 74,7 pZt. der Beschäftigten sind Frauen, und von diesen sind wieder 30,7 pZt. unter 18 Jahren. 29,7 pZt. der Frauen waren Eingewanderte. Der grosse Teil junger Mädchen, die noch unaufgeklärt sind und außerdem auf Heirat rechnen, erschwert den älteren Frauen jede organisierte Bestrebung höhere Löhne zu erlangen. Die in den Beruf eintretenden Mädchen nehmen jeden Lohn an, der ihnen geboten wird. Der grösste Teil der Arbeiterinnen schaut sich unter den herrschenden Arbeitsbedingungen wohlzufühlen. Bei den Italienerinnen, die 34,3 pZt. der Arbeiterinnen stellen, ist es auch nicht zu verwundern, dass selbst die hier gezahlten niedrigen Löhne ermöglichen ihnen immer noch eine bessere Lebenshaltung, als sie in Italien hatten. Dass diese Löhne sie dazu verurteilen, in ungesunden Quartieren zusammengepfercht weit unter den Bedingungen zu leben, die den Amerikanern für deren normale Lebensweise notwendig sind, geniert sie nicht, vielmehr kann man sie sagen hören, dass in andern Berufen die Mädchen auch nicht mehr verdienen und obendrein unangemessene Arbeit haben. Ältere Arbeiterinnen, die befragt wurden, waren natürlich anderer Meinung.

Von den 23,3 pZt. männlicher Arbeiter waren 8,6 unter 18 Jahren. Die Arbeit der Männer besteht hauptsächlich in der Bedienung der Maschinen.

Der wöchentliche Durchschnittslohn von 1694 nach ihren Löhnen befragten Arbeiterinnen betrug 5,40 Dollar. Von 1218 befragten Arbeiterinnen unter 18 Jahren hatten 41 pZt. weniger als 5 Dollar und 65 pZt. weniger als 6 Dollar; von 301 befragten anderen Arbeiterinnen verdienten sogar 79,8 pZt. unter 5 Dollar und 93 pZt. unter 5 Dollar. 469 Frauen, die das ganze Jahr hindurch bei ein und derselben Firma arbeiteten, verdienten im Jahr 277,16 Dollar oder wöchentlich im Durchschnitt 5,33 Dollar. Zieht man nun noch die geringste Kauf-

kraft des Geldes in Amerika in Betracht, so muss man die Lohnbedingungen dieser Candyarbeiterinnen geradezu als erbärmlich bezeichnen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. Am 23. und 24. Januar fand im Berliner Gewerkschaftshaus die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt. In erster Stelle nahm die Konferenz den Bericht über die Gründung und Organisation der Gewerkschaftsgenossenschaftlichen Verbindungs-Alttiergeellschaft „Balla fürsorge“ entgegen, deren Sitzungen und Versicherungsbedingungen zurzeit dem Aufsichtsrat für Privatversicherung vorliegen. Die Konferenz beschloss die Erhöhung des Organisationsfonds auf £ 200 000 und stimmt dem vorgelegten Organisationsplan zu, wonach die gewerkschaftlichen Organisationen mit der Errichtung der Brüderlinien betraut werden.

Über die Fragen, in welchem Umfang die Vertretung der Versicherten vor den Oberverwaltungsdienstern übernommen werden kann und ob zu diesem Zwecke weitere Arbeitsermittlungsstellen ins Leben gerufen und aus allgemeinen Mitteln unterhalten werden sollen oder ob diese Vertretung den Bezirken unter Schaffung von Bezirksterritorien zu überlassen ist, kam es zu keiner entscheidenden Abstimmung, weshalb die Vorstände sich schriftlich darüber entscheiden sollen. Für die durch den Balkanrieg an den Rand des Kriegs gebrachten Gewerkschaften Bulgariens und Serbiens sollen zum Wiederaufbau ihrer Organisationen Mittel durch Sammlungen in den deutschen Gewerkschaften aufgebracht werden.

In den weiteren Verhandlungen wurden Fragen der Streikunterstützung, der Haftung der Gewerkschaften für Sonderpublikationen, der Berichterstattung über Verbandsstage, der Versammlung von Beitragsfürsten über Gewerkschaftswesen und der Berichterstattung an das Reichsstatistische Amt über Arbeitslosigkeit erörtert und auf die Benutzung der Bezeichnungen der in deutscher Sprache vorhandenen Gewerkschaftsliteratur aufmerksam gemacht.

Politische Rundschau.

Aus dem Reichstage. Aus einer Anzahl kleinen Anfragen, die in letzter Zeit an die Regierung gerichtet wurden, unterstreicht was besonders die des Genossen Grönauer, der über die angehörenden Militärordnungen etwas Näheres hören wollte. Natürlich war sein Beirat umsonst. Der deutsche Reich soll jetzt noch nicht in einzelnen erläutern, wie hoch man ihn auszuweiten zu gestatten gedenkt. Der Regierungssprecher antwortete also auf Grönauers Anfrage nur ganz kurz: „Unsere Rüstung zu Lande bedarf der Verstärkung, über deren Umfang können noch keine Angaben gemacht werden.“

Bei den letzten Verhandlungen über das Reichsamt des Innern kamen noch viele einfließende Bünde und Beipartien zur Sprache: die gesundheitlichen Verhältnisse der Bergarbeiter, die wissenschaftliche Erforschung des Bergbaus und eine sozialdemokratische Resolution verlangt einen Gesetzesentwurf, um die Verhältnisse des Fliegers, Raufasen und Bademejorals zu regeln. Der Baron Knigge (F.) fragt über Geburtenzulage und damit die Sozialdemokratie dafür verantwortlich. (Selbstverständlich!) In den wirtschaftlichen Druck, der auf der Rasse lastet, denkt der Herr Baron natürlich nicht. Dann kommt Wein- und Weinzerkonzernen zur Sprache. Der sozialdemokratische Abgeordnete Knigge tritt für verkürzte Arbeitszeit ein und erinnerte daran, dass er schon vor zwölf Jahren alle die Brüder berührte hat, die heute von bürgerlicher Seite vorgetragen würden, dass es aber bisher immer nur bei Worten blieb und Taten nicht folgten. So wird es wieder werden. Die Regierung wird wie früher sagen: Die „Erwägungen“, „Erfahrungen“ usw. schweben noch.

Die Interpellation der Polen betrifft den Enteignung der politischen Güter zeitigte noch eine scharfe Auseinandersetzung der Parteien. In reich wütungsvoller Rede sprach für die sozialdemokratische Partei der jüngste osler Abgeordnete der Parteigenossen Wendel. Er führte unter anderem aus: „Es ist dies eine höchstwerte politische Frage, und deshalb zeugt es nicht von großer Nützung, wenn der Reichskanzler dem Haushalt gegenüber nicht seine Ansichten und uns lediglich ein Stück Papier und einen Reichssekretär schickt. Wie die Umstürzer müssen wir der nationalen Frage“ antreten, wie wir müssen das Privat Eigentum bei dieser Frage gegenüber den gehörigen Parteien der Nation und des Privat Eigentums verteidigen. Die Rollen sind also vertauscht. Es heißt: „Nicht geht vor Reden.“ Die Enteignung geht nach dem Rekurrenz vor sich und lädt die Grundlage der Menschlichkeit, je sogar des Christentums außer acht. Auch ein Bärer schreibt über das Gesetz: „Es ist ein Unrecht Menschen von Haus und Hof zu verjagen.“ Durch das preußische Enteignungsgegesetz wird die Verhaftung verfügt. Dieselbe sagt: „Kein Deutscher darf direkt gebündert werden, Grund und Boden zu erwerben.“ Nicht der schönen Augen der Polen wegen unterstützen wir dieselben, sondern wegen des an ihnen begangenen Verhängnisbruches. Man könnte Bergarbeiter zwischen dem französischen Bürger Robespierre und dem deutschen Reichsmann Hollweg. Der erster zog aber die Güter der Kirche und Emigranten mit ein, weil sie gegen den Staat arbeiteten. Dies ist bei den Polen nicht der Fall. Der Redner brachte weiter in geschickter Weise einige Sätze über die preußische Regierung und seine Herrscher bedenkensweise die Polenpunkt unter Friedens dem Großen; dies zog ihm einen Ordungsaufzug zu. Er erklärte dann aber in alter Gemütsruhe: Der Herr Brandenburg ließ mich nicht zu Ende reden — sonst hätte ich meinen Ausführungen hinzugefügt: Dies sagte sonst Herr v. Stein. (Deutschland.)

Gewerkschaftliches.

Der Verband schweizerischer Baumwollvereine veröffentlicht jedoch die Statistik über die Entwicklung der Geschäftsbewerke im Jahre 1911. Die schweizerische Ge-

